

**Protokoll des Einwohnerrates  
30. Oktober 2024**

**Sitzung des Einwohnerrates Windisch vom 30. Oktober 2024**

<b>Vorsitz</b>	Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP)
<b>Protokoll</b>	Ramona Hinteregger, Gemeindeschreiberin II
<b>Präsenz</b>	36
<b>Ort</b>	Einwohnerratssaal, Gemeindehaus 8. Stock
<b>Entschuldigungen</b>	Tim Ottiger (SVP) Naomi Rupp (SVP) Werner Rupp (SVP) Julian Widmer (Grüne)
<b>Aufschaltung Axioma</b>	10. Februar 2025
<b>Genehmigung</b>	Dieses Protokoll gilt gemäss § 24 Abs. 3 des Geschäftsreglementes als genehmigt, wenn nicht bis zum 2. März 2025 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP) begrüsst alle Anwesenden. Nutzt eure Energie für klare und prägnante Worte. Weniger für emotionale Statements. Bezüglich Mikrofon wie immer, deutlich ins Mikrofon reden und klare Sätze bilden.

**6 Budget 2025 Einwohnergemeinde; Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Das Budget habt ihr über das Axioma zusammen mit dem FiGPK-Bericht erhalten. Zum Vorgehen, machen wir zuerst die Eintritts-Debatte, dann allgemeine Voten zum gesamten Budget oder Würdigung. Nachher werden wir in die Detailberatung gehen und grundsätzlich entlang der Erfolgsrechnung gehen. Wir werden entlang der Erfolgsrechnung eure Fälle oder was ihr habt an Streichungsanträgen behandeln, bringt die dann bitte vor, dann können wir diese direkt diskutieren und direkt darüber abstimmen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Budget 2025 rechnet bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115% mit einem Verlust von rund CHF 1,4 Mio. Der Verlust ist durch das vorhandene Eigenkapital gedeckt. Das weiterhin hohe Kostenwachstum bei den nicht direkt beeinflussbaren und gebundenen Kosten, wie z.B. dem KESD, der Pflegefinanzierung, teilweise auch bei der Digitalisierung in Verbundenheit mit dem Lehrplan 2021, Restkosten Sonderschule, Sicherheit etc., belastet unsere Gemeindefinanzen sehr stark. Das stetige, vor allem aber auch überdurchschnittliche Wachstum, bei den gebundenen Kosten, im Vergleich, bei den Steuereinnahmen hinken wir eher etwas hinterher, beobachtet der Gemeinderat mit Sorge. Mit der Aufbereitung der Immobilienstrategie und der Aktualisierung der Schulraumplanung, werden 2025 wichtige Grundsteine für die bauliche und die finanzielle Planung aktualisiert. Dem Gemeinderat und Einwohnerrat wird das Kostenwachstum einiges abverlangen. Ein kostenbewusster Umgang, mit den vorhandenen Ressourcen, keine überstürzten Entschiede, sondern umfassende weitsichtige Abklärungen und Planungen. Etappenweise die im 2024 gestarteten Organisationsanpassungen weiterzufahren, das heisst im 2025 bei der Neuorganisation der Hauswartungen, die Abteilung Gesellschaft mit der Einführung einer Bereichsleitung, Strukturanpassung analog Planung & Bau weiterfahren. Realistische Zeitfenster für

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

die Planung, die Umsetzung für den Bau und die Sanierungs- und Entwicklungsprojekte setzen. Vor allem aber auch, dass jede injizierte Planung ohne Umsetzung, dass man sich dessen bewusst ist, dass das unnötige Kosten verursacht. In den letzten Jahren hat die Verwaltung mit weitsichtigen Planungen und Projektumsetzungen eine ausgezeichnete Budgetdisziplin gezeigt. Und damit einen wesentlichen Anteil zur positiven finanziellen, wie aber auch planerischen Entwicklung von unserem Gemeindegebiet beigetragen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das heutige Leistungsangebot auf diesem Niveau halten zu können und damit weiterhin dem Club der attraktiven, innovativen Gemeinden anzugehören. Wir können das zusammen stärken, indem wir voneinander lernen und uns gegenseitig unterstützen. Dazu gehören: das Gegenüber wohlwollen spüren lassen, Kompromissbereitschaft, Bereitschaft neue Perspektiven und pragmatische Lösungen zu finden, regelmässigen Austausch zu pflegen, gemeinsame Ziele und Projekte für unsere gemeinsame und gesunde Gemeindefortentwicklung zu verfolgen. Eine offene Kommunikation und gegenseitige Anerkennung fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und lässt uns nicht nur Erfolg teilen, sondern auch Herausforderungen gemeinsam meistern. Welche Projekte können wir gemeinsam angehen? Wie können wir Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden? Was sind unsere langfristigen Ziele? Ich bin überzeugt, wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir viel erreichen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dem Einwohnerrat ein ausgewogenes, mit fundierten Informationen bestücktes, Budget unterbreitet zu haben und bittet den Einwohnerrat, das Budget mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Reinhold Brand, Vertreter FiGPK (FDP): Die FiGPK ist angesichts des budgetierten Defizits von rund 1.4 Mio. und speziell auch der Aussichten im Finanzplan nicht ganz unbesorgt.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich deutlich, dass das Steuersubstrat im kantonalen Vergleich niedrig ist. Wenn Windisch im Jahr 2023 die durchschnittlichen Steuerträge der Aargauer Gemeinden erwirtschaftet hätte, so wären die Steuereinnahmen rund CHF 4.2 Mio. höher. Der Finanzausgleich kompensiert das nicht mal zur Hälfte. Auch durch rigorose Sparmassnahmen liesse sich nur ein geringer Beitrag zur Ergebnisverbesserung realisieren.

Auf der Ausgabenseite zeigt eine Aufstellung nach Kostenarten einen grossen Unterschied zwischen Kosten, welche die Gemeinde kontrollieren kann, und jenen, die ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde liegen.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Bei beeinflussbaren Kosten ist eine sorgfältige, grundsätzlich zurückhaltende Budgetierung feststellbar. In gewissen Bereichen wird ein moderates Wachstum zugelassen. Hier sind Anstrengungen für ein gutes Kostenbewusstsein und -management deutlich sichtbar.

Die Gemeinde hat den grundsätzlichen Entscheid zugunsten eines soliden Schulhaus Neubaus gefällt, welcher somit kaum mehr beeinflussbar ist. Die sich daraus ergebenden Abschreibungen werden auch mit einem guten Kostenmanagement für die kommenden Jahre eine dominierende Budgetbelastung sein.

Die Gemeinde war in den vergangenen Jahren mit massiven Kostenanstiegen in nicht beeinflussbaren Bereichen konfrontiert. Hier dominieren die Pflegekosten. Diese liessen sich in Zukunft gegebenenfalls mittel- bis langfristig durch Massnahmen zur Anpassung der Altersstruktur im Rahmen des Wachstums von Windisch beeinflussen.

Die FIGPK empfiehlt weiterhin ein konsequentes Kosten- und Risikomanagement und Controlling in sämtlichen Projekten, insbesondere beim Schulhausneubau. Aufgrund der hohen Investition sollten sämtliche Möglichkeiten genutzt werden, um die budgetierten Projekt- und Baukosten einzuhalten oder sogar zu unterschreiten. Gemäss dem aktuellen Statusbericht sieht es im Moment durchaus so aus, als ob das indexierte Budget gehalten werden könnte.

Es sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, welche eine langfristige Erhöhung des Steuersubstrats fördern. Es ist beispielsweise zu prüfen, ob im Rahmen der anstehenden Gestaltungsraumplanungen «Im Winkel» und «Stadtraum Brugg-Windisch» eine Steigerung der Normsteuererträge möglich ist.

Die FIGPK ist zusammenfassend der Ansicht, dass Sparanstrengungen zwar wichtig, sinnvoll und notwendig sind, dass jedoch Massnahmen zum "Leistungsabbau" der Gemeinde, unter welchen die Attraktivität der Gemeinde leidet, vermieden werden sollten. Weil dann auch die guten Steuerzahler nicht nach Windisch kommen.

Die FIGPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Genehmigung des Budget 2025 mit einem Steuerfuss von 115%.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Die FIGPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

**Allgemeine Voten zum Budget**

Luzia Capanni (SP): Auch von unserer Seite geht ein herzlicher Dank für das Budget an die Verwaltung, die Schulleitungen und den Gemeinderat. Besten Dank auch der FIGPK für die grosse Arbeit. Und einen besonderen Dank geht an Michael Schleuniger für die informative und übersichtliche Präsentation des Budgets und das verständnisvolle Beantworten von all unseren Fragen.

Der Gemeinderat beantragt, das Budget 2025 mit einem Verlust von CHF 1.393 Mio. und damit einem reduzierten Defizit gegenüber dem Budget 2024 und einem unveränderten Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Wir danken dem Gemeinderat für die aus dem Finanzworkshop eingeleiteten Massnahmen. Damit können zwei von drei Kennzahlen knapp erreicht werden. Allerdings verhindern die stark gestiegenen gebunden Ausgaben ein ausgeglichenes Ergebnis.

Dieser stetige Anstieg von gebundenen Ausgaben, wie bspw. der Restkosten der Pflegefinanzierung, ist für die SP beunruhigend und zugleich Antrieb für Bemühungen, diese Kosten über Kostenteiler auf kantonaler und regionaler Ebene voranzutreiben. Hier gilt auch ein spezieller Dank an Heidi Ammon, welche sich schon lange und unermüdlich dafür einsetzt. Vielleicht ergibt sich ja eine Möglichkeit zusammen mit dem neugewählten Grossrat Fabian Schütz uns gemeinsam auf kantonaler Ebene gegen den Kostenanstieg einzusetzen.

Weiter finanziert Windisch aktuell ein Generationenprojekt – den Neubau Schulanlage Dohlenzelg – und dieses belastet unser Budget stark. Um dieses zu finanzieren hat die Gemeinde Windisch über Jahre Schulden abgebaut und damit leider auch Investitionen in den Unterhalt vernachlässigt, was uns nun beispielsweise beim Bossharthaus einholt.

Der Gemeinderat will keinen Stillstand und übernimmt dadurch Verantwortung für die Einwohner:innen, die Mitarbeitenden der Verwaltung sowie die Zukunft für Windisch. Es scheint uns

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

wichtig, dass Investitionen in die Zukunft, trotz der nicht gerade komfortablen finanziellen Situation, nicht zurückgestellt werden. Die zukünftigen Generationen werden es uns danken.

Die zusätzlich beantragten Stellen und die Bestrebungen, eine attraktive und familienfreundliche Arbeitgeberin zu sein, freuen uns. Die Gemeinde Windisch ist ohne motiviertes und qualifiziertes Personal nicht handlungsfähig. Die Zeiten in denen gute Arbeitnehmer:innen um Arbeitsstellen gebuhlt haben sind definitiv vorbei.

Zu den Investitionen für das nächste Jahr gibt es nicht viel zu sagen: Die geplanten Investitionsausgaben 2025 der Einwohnergemeinde betragen rund CHF 18.5 Mio. Es handelt sich mehrheitlich um bereits bewilligte Kredite.

Die vielen Bauvorhaben in Windisch bringen uns hoffentlich neue Steuerzahlende. Guten Steuerzahlende sollen aber nebst dem Standort, ein attraktives Dorfleben geboten werden, wie vorhin schon durch die FiGPK genannt wurde. Der Zuzug von Familien bedeutet auch Investitionen in Angebote der Freizeit und Infrastruktur. Wir begrüßen deshalb eine Überprüfung der Schulraumplanung.

Im Hinblick auf die kommenden Investitionen bspw. in den Schulraum möchten wir den Gemeinderat auffordern, in die Kommunikation zu investieren, sie zu professionalisieren und zu intensivieren. Im Budget ist kein Posten dafür zu finden.

Die SP vertraut, der von Gemeinderat und Verwaltung verfolgten, umsichtigen Finanzpolitik und ist zuversichtlich, dass damit die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden können. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2025 mit unverändertem Steuerfuss von 115 % zustimmen.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das aussagekräftige Budget 2025. Herzlichen Dank auch an die FiGPK für den professionellen Budgetbericht. Die Fragen zum Budget konnten präzise beantwortet werden, vielen Dank an Michael Schleuniger.

Wir beraten heute das Budget 2025. Die Einwohnergemeinde weist bei einem unveränderten Steuerfuss von 115% und einem betrieblichen Aufwand von CHF 35.1 Mio. einen Verlust von

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

rund CHF 1.4 Mio. aus. Ich fasse die finanzpolitischen Überlegungen der FDP-Fraktion zusammen.

Der Normsteuerertrag der Gemeinde Windisch beträgt 2023 CHF 2'396 und liegt deutlich unter dem Aargauer Durchschnitt von CHF 2'932. Diese Mindereinnahmen fehlen, da sie nur teilweise durch den Finanz- und Lastenausgleich von CHF 1.5 Mio. kompensiert werden. Windisch hat bezüglich Steuerertrag ein strukturelles Problem, es fehlen Einnahmen. Und wir haben kantonsweit bereits einen hohen Steuerfuss von 115%. Der Steuerfuss ist auch ein Kriterium bei finanzkräftigen Neuzuzügern. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um eine langfristige Erhöhung des Steuersubstrats zu fördern.

Zum budgetierten Verlust von CHF 1.4 Mio. ist mir persönlich noch aufgefallen, dass Sanierungskosten vom Bossarthaus von CHF 885'000 erfolgsneutral verbucht wurden, dies aufgrund einer Aufwertung, aufgrund einer Neubewertung der Abteilung Planung & Bau. Gemäss kantonaler Finanzverordnung § 8.1 ist bei Liegenschaften im Finanzvermögen der Verkehrswert basierend auf dem Ertragswert zu ermitteln. Gemäss Botschaft Sanierung Bossarthaus Teil A wird der Mietzins während der Bauzeit reduziert und der Ertragswert ist nach der Sanierung rein von den Mieteinnahmen nicht wirklich höher. Dies ist einfach noch aufgefallen. Je nachdem sind wir bei CHF 1.4 Mio. oder Anteilmässig höher im Verlust.

Das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht ist tiefrot und wird in der gesamten Finanzplanperiode bis 2033 nicht eingehalten. Wir weisen etwa CHF 6,1 Mio. negatives aus, inklusive EW-Rechtsformänderung. Seit letzter Woche ist ja auch klar, dass sich dies verzögern wird – falls es überhaupt kommt – und daher ist Fakt, dass wir eigentlich aktuell falsch kalkulieren, ohne EW-Rechtsformänderung. Das Eigenkapital vom EW ist der unechte Buchgewinn der Einwohnergemeinde von CHF 4.4 Mio., welcher in der Finanzplanung eingestellt ist.

Zur Erinnerung: Das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht verlangt, dass die Jahresrechnungen über einen Zeitraum von 7 Jahren ausgeglichen sein müssen. Wenn der mittelfristige Ausgleich der Jahresrechnung nicht möglich ist, muss man entweder die Ausgaben reduzieren oder die Einnahmen erhöhen. Der Trick mit der «Windischer Finanzstrategie» hilft aktuell nicht weiter, weil er hebt die kantonalen Vorgaben vom mittelfristigen Haushaltsgleichgewicht aus. Es geht auch selber nicht auf, also die Windischer Finanzstrategie geht auch in sich nicht mehr auf.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Der budgetierte operative Verlust, entspricht rund 8 Steuerfussprozenten und dies obwohl die Schulanlage Dohlenzelg das Budget noch nicht gross belastet, da noch keine Abschreibungen anfallen und die Kreditzinsen tief sind. Ab Inbetriebnahme-Datum des Dohlenzelgneubaus ist der Neubau abzuschreiben. Ab dann wird der jährliche operative Verlust rund CHF 3 Mio. oder 17 Steuerfussprozente betragen.

Wir müssen jetzt handeln, zuwarten ist gefährlich. Eine deutliche Steuerfusserhöhung scheint unausweichlich. Der Gemeinderat präsentiert aus Sicht der FDP-Fraktion ein Schönwetterbudget. Die Zukunftsaussichten werden schöngeredet. Wir werden darum in der Detailberatung diverse Änderungsanträge stellen mit einer Kostensenkung von rund CHF 300'000. Wichtig ist, dass man das Notwendige vom Wünschbaren trennt. Windisch soll den Stellenplafond einfrieren. Ziel ist, dass wir nach der Beratung durch den Einwohnerrat ein Budget mit weniger Verlust haben. Der Einwohnerrat hat die Gewohnheit, die Vorlagen zu verteuern nach dem Motto: «Dörf's no es bitzeli meh sii?»

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Auch Die Mitte schätzt die detaillierten Unterlagen, welche wir auch dieses Jahr rund um das Budget, entgegennehmen durften. Wir danken den verantwortlichen Leuten sehr dafür. Wir teilen auch die Ausführungen der FiGPK und wir sind auch froh, dass die Mitglieder der FiGPK eine solch wertvolle Arbeit verrichten. Vielen Dank auch diesen Leuten. Das Budget bereitet auch uns sorgen und wir meinen, dass allenfalls auch Sparmöglichkeiten Platz haben müssten. Es ist auch alles zu unternehmen für eine Erhöhung des Steuersubstrats. Wir halten auch fest, dass wenn es bei einzelnen Ausgabenposten, sich Reserveposten ergeben sollten, diese nicht durch «Nice-to-have-Investitionen» gefüllt werden. In dem Sinn bitten wir alle beteiligten, ein straffes Ausgabenregime umzusetzen. Grundsätzlich stimmt Die Mitte dem Budget zu und das beim gleichbleibenden Steuerfuss.

Jonathan Schibli (EVP): Als erstes möchte ich mich beim Gemeinderat und der ganzen Verwaltung für die saubere und detaillierte Ausarbeitung und Darstellung des Budgets bedanken. Das ist wirklich ein gut leserliches Dokument, welches praktisch ist, um damit zu arbeiten. Die finanzielle Lage, wir haben es schon vom Gemeinderat und von meinen Vorrednern gehört, ist nicht einfach. Ich verzichte aber darauf näher einzugehen. Ein neues Budget, die Herausforderungen bleiben die gleichen. Stark steigende Ausgaben in nicht beeinflussbaren Bereichen

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

und grosse laufende und anstehende Investitionen. Als wir die Broschüre in der Fraktion genauer angeschaut haben, ist für uns als Fraktion die Anstrengung zum Sparen auf allen Ebenen ersichtlich geworden. An vielen Orten wird optimiert und geschaut, doch irgendwann sind die grossen Einsparpotentiale erschöpft. Das ist jetzt einfach so. Wir danken auch der FiGPK für den ausführlichen Bericht. Die Fraktion der EVP wird das Budget annehmen. Wir werden jedoch mit zwei Streichungsanträgen, Anliegen im Zusammenhang mit dem neuen Personalreglement, anbringen. Dort geht es uns nicht darum, das Sparen um jeden Rappen oder darum, dass wir der Verwaltung etwas nicht gönnen möchten, sondern, weil wir der Meinung sind, dass wir die Massnahme wirkungsvoller umsetzen könnten.

**Detailberatung**

Jonathan Schibli (EVP): Konto 0220.3132.00 Mitarbeiterbefragung: Eine Mitarbeiterbefragung ist ein gutes Instrument, um die Personalzufriedenheit zu ermitteln und Probleme festzustellen, wenn es solche gibt. Das hat man zum letzten Mal im Jahr 2019 in unserer Gemeinde gemacht. Wir sind der Meinung, das sollte man unbedingt wieder machen, aber nicht im nächsten Jahr, sondern im übernächsten oder überübernächsten Jahr. Dann kann man auch gleich die Auswirkungen vom neuen Personalreglement verifizieren und hat so einen guten Vergleich zum Ist-Zustand, welcher jetzt gerade ist. So hat man es auch das letzte Mal gehabt. Man hat im Jahr 2015 das Personalreglement gebracht und im Jahr 2019 hat man eine Mitarbeiterbefragung gemacht.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die letzte Befragung hat wie gesagt im Jahr 2019 stattgefunden. Der Gemeinderat hat sich bereits in den Legislaturzielen zum Ziel gesetzt, eine Befragung zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden durchzuführen. Diese gibt dem alten Gemeinderat, deshalb alt, weil wir nächstes Jahr ein Wahljahr haben, wir wissen nicht, was sich verändert. Dem alten Gemeinderat gibt das noch die Möglichkeit zu messen, wie sich die Zufriedenheit in seiner Amtszeit entwickelt hat und der neue Gemeinderat kann nachher entsprechend Erkenntnisse daraus ziehen und der Übergang der Legislaturplanung ist aus unserer Sicht besser möglich. Der Zeitpunkt für eine Mitarbeitenden-Befragung ist somit ideal. Zudem ist das auch eine Art, eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, wenn sich die Gemeinde für die Meinung und die Zufriedenheit interessiert. Das Personalreglement wird bereits

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

am 1. Januar 2025 eingeführt. Somit können die Mitarbeitenden die entsprechenden Erfahrungen mit dem neuen Reglement bereits auch in die Rückmeldung einfliessen lassen. Wir bitten, dass wir diesen Antrag nicht streichen.

Karin Hefti (FDP): Konto 0222.3010.00 Temporäre Stellenplanerhöhung Bereich Hochbau: Gemäss Budget 2025 Seite 20 fallen für den Bereich Hochbau CHF 53'000 höhere Kosten an. Darin enthalten sind Lohnerhöhungen 2024 und die bereits bekannten Löhne der neuen Anstellungen. Bis im Sommer 2025 soll zusätzlich eine temporäre Stellenplanerhöhung von CHF 36'000 inkl. Soziallasten eingestellt werden. Die temporäre Stellenplanung erscheint der FDP-Fraktion nicht dringlich. Es ist wichtig, dass man alle Kräfte, insbesondere Führungskräfte, auf den erfolgreichen Bau des Dohlenzelgschulhauses konzentriert. Bei einem allfälligen dringlichen Personalengpass besteht die Möglichkeit eines kurzfristigen GR-Beschlusses.

Antrag:

Das Konto 0222.3010.00 Planung und Bau, für die temporären Löhne, wird um CHF 36'000 gekürzt (Löhne CHF 30'000 + 20% Soziallasten CHF 6'000).

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es ist glaube ich allen bekannt, dass die Abteilung Planung und Bau personell im 2024 ausserordentlich stark belastet wurde. Die Stelle vom Bereichsleiter Hochbau ist seit Mai vakant. Die entsprechenden Arbeiten sind aber nicht stillgelegt, die mussten weitergeführt werden, mit der Übernahme von anderen teilweise intern und teilweise mit dem Zukauf von Fachwissen extern, was relativ teuer ist. Auch in der Administration und beim Hausdienst mussten diverse Stellen neu besetzt werden. Das hat das Personal auch sehr stark belastet. Ein bisschen Ausgleich konnten wir machen, aber das ist auch nicht befriedigend, mit dem Aufschieben von Projekten, z.B. das Klimaprojekt, das wir sistiert haben. Darüber wurde auch informiert. Jetzt per Februar 2025, das können wir positiv sagen, wird die Stelle vom Bereichsleiter Hochbau und Umwelt neu besetzt. Aber die Person muss zuerst eingearbeitet werden. Wir wissen alle, dass die Einarbeitung von Personen, bei solch anspruchsvollen Arbeiten, erst einmal sehr viel Zeit und auch Ressourcen braucht. Es gäbe nichts Schlimmeres, als wenn wir diese Ressourcen nicht einsetzen. Das zahlt sich gar nicht aus. Zudem würden wir das Klimaprojekt jetzt nicht auf St. Nimmerleinstag aufschieben, sondern wir würden es wieder aufgreifen. Mit dem Projekt vom Umbau des Gemeindehauses, der Dachsanierung Rütönen, dem Schulhausneubau und weiteren Hochbauprojekten, ist der Bereich mit sehr

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

vielen Aufgaben und sehr viel Ressourcen stark belastet. Die temporären Stellenplanerhöhungen, insgesamt CHF 36'000, wird vor allem eingesetzt, um die Immobilienstrategie zu erarbeiten. Das ist ein Wunsch, welcher auch vom Einwohnerrat kommt. Dort können wir jetzt die Chance nutzen, dass wir mit Roland Baumann internes Knowhow haben. Aber es hat seinen Stellenanteil erhöht. Anstatt, dass wir es für ziemlich viel Geld einkaufen, können wir das Knowhow intern nutzen. Die Streichung dieses Budgetpostens, ich bin überzeugt, käme der Gemeinde teuer zu stehen. Weil sie sehr viele Sachen einkaufen müsste. Weil das Aufschieben von all den Sachen, wie wir es jetzt hatten, einfach kein Zustand ist. Wir bitten Sie dem Antrag nicht zuzustimmen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Mir ist so spontan etwas durch den Kopf gegangen. Sollte das falsch sein, bitte ich um Korrektur. Man hat sich entschlossen bei den Hauswarten eine Teamleitung zu organisieren. Dies finde ich eine gute Entscheidung und man muss dies machen. Es steht aber irgendwo, dass dadurch die Abteilung Planung und Bau mit 20% entlastet wird. Dies müsste man irgendwo auch spüren. Man hat dies aber nicht als Reduktion eingebracht, sondern das wäre jetzt die Luft, welche man der Abteilung Planung und Bau gibt, auch sinnvollerweise, damit sie diese 20% für vielleicht ihre angestammten Themen einsetzen könnte. Also 20% hätten sie eigentlich schon mal mehr wie bisher.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich möchte einfach daran erinnern und gesagt haben, dass wir gerne unser Projekt weiterentwickeln möchten. Wenn ich zum Beispiel schaue, welches grosse Zeitfenster Roland Schneider für die Stadtraumentwicklung investieren muss. Ob wir wollen oder nicht, entweder muss er Zeit investieren oder wir müssen sie einkaufen. Es ist ein ganz grosses Fenster. Genau das Gleiche ist in allen anderen Entwicklungsgebieten, die wir haben. Dort im Moment zu kürzen, sieht der Gemeinderat als völlig falschen Weg. Wir werden, früher oder später, für die Weiterfortsetzung dieser Projekte, Leistung von aussen einkaufen müssen. Im Moment sehen wir, was es heisst, wenn man einen Ausfall hat und Leistung von aussen eingekauft werden muss. Das ist ein Stück teurer, als wenn wir selber Personal anstellen können. In dem Sinn bitte ich wirklich eingehend. Das ist ein Bereich, wo wir weiterentwickeln wollen. Ihr habt es selber beim Budget gesagt, wir müssen schauen, dass wir gute Steuerzahler erhalten, damit wir ein gewisses Wachstum haben. Das ist ein Weg, hier nicht zu kürzen, sondern auf dem État zu bleiben, welcher der Gemeinderat beantragt.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Martin Gautschi (FDP): Das ist jetzt etwas Unangenehmes, eine Führungsaufgabe, Aufgabenverzicht. Ich denke es wurde vorhin gut gesagt zum Klimaprojekt – wir von der FDP waren nie Freund davon. Sind wir ehrlich, damit retten wir das Klima nicht und das ist jetzt auch unangenehm, aber ich erachte es als eine Führungsaufgabe vom Gemeinderat, dass man halt auf Aufgaben verzichten muss und sich überlegen muss, was wirklich wünschbar und was nötig ist. Es ist heute allgemein mit dem Staatswachstum das Problem, die Staatsquote, die auf Gemeindeebene immer steigt. Da muss ich wirklich sagen, da muss jetzt der Gemeinderat auch Führung beweisen und den Mut haben, auch gewisse Aufgaben, die nicht die nötig sind zu streichen. Da kann man wirklich einiges herausholen und dann auch besser und effizienter vorwärtsarbeiten.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das können wir natürlich nicht nachvollziehen. Im Prinzip ist es eine Politik, die immer neue Projekte verlangt. Es ist nicht der Gemeinderat. Wir nehmen es an und setzen es um. Im Grunde genommen ist es da jetzt wirklich völlig falsch. Ich rede aus Erfahrung, vor 18 oder 19 Jahren, als ich mein Ressort Finanzen übernommen habe. Damals hiess es, Finanzfehlbetrag abbauen und weiterentwickeln, nicht einfach stehen bleiben. Im Grunde genommen sehen wir, ist unsere Gemeinde genau wieder dort – nicht am falschen Ort sparen, sondern schauen, dass wir uns weiterentwickeln. Einfach das Angebot an Dienstleistungen und an weiteren Projekten, in anderen Themen nicht fortzusetzen, zu stoppen, sondern die Entwicklung auf dieser Ebene, wie wir es jetzt anzogen haben, wirklich weiterzuführen. Sonst werden wir nicht zum Ziel kommen. Da rede ich jetzt tatsächlich aus Erfahrung.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Reto hat es eindrücklich erzählt. Sie haben seit Mai 2025 eine Vakanz, welche man im Februar 2026 besetzen kann. Da geht es nicht um das Klimaprojekt oder weiss ich nicht was. Da geht es um Baugesuchbeurteilungen, Stadtraumplanung, haben wir vorhin gehört. Martin, wenn du einen Mann oder eine Frau bei dir im Geschäft brauchst, dann kannst du selber entscheiden. Sie müssen zu uns kommen und fragen: «Können wir bitte für drei Monate oder für zwei Monate jemanden temporär anstellen?» Ich glaube, so viel Vertrauen sollten wir haben, dass sie nicht à discrétion Leute anstellen, sondern wirklich da, wo es nötig ist. Jetzt dem halt temporär zustimmen, denn es ist ja nicht ein ewiger Budgetpunkt.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Ueli Widmer (SP): Naturgemäss werde ich nicht gegen oder für den Antrag sprechen, für die Streichung. Ich denke, wir müssen uns auch überlegen. Wir möchten seit etwa 20 Jahren eine Immobilienstrategie haben. Wir haben unter anderem das Bossarthaus, welches uns ziemlich dieses Jahr um die Ohren geflogen ist. Ich denke, es wäre etwa an der Zeit, wenn wir uns mal ein paar grundsätzliche Überlegungen zu unseren Immobilien machen würden. Wir haben jetzt die Chance, mit dem Budgetposten endlich mal die Immobilienstrategie auf die Reihe zu bringen. Das ist auch in der Privatwirtschaft so, dass wenn man etwas 20 Jahre lang auf die lange Bank schiebt, es dann auch dort nicht gut raus kommt.

Jonathan Schibli (EVP): Konto 0220.3910.05, Mitarbeiter-App: Ist auch im Detail im Erklärungsbericht zu den Veränderungen ersichtlich. Es geht darum, dass man die interne Kommunikation digitalisieren möchte. Das ist absolut wichtig, dass man effizient bleiben kann, dass man Informationen sauber übermitteln kann und dass man Schritt halten kann, und ein moderner Arbeitgeber sein kann. Doch wir sind der Meinung, das ist mit der vorhandenen Hard- und Software, mit Microsoft Office und was man nicht alles hat, möglich. Ein Mehrwert für den Arbeitnehmer ist aus unserer Sicht nicht da, wenn man die Lohnabrechnung einfach noch auf dem Smartphone hat. Wichtig ist, dass sie kommt und dass der Lohn pünktlich kommt. Da wir weder einen Mehrwert für einen Arbeitgeber noch für einen Arbeitnehmer sehen, beantragen wir die Streichung von diesem Posten.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Selbstverständlich ist hier der Gemeinderat ganz anderer Meinung. Zur Zufriedenheit gehört neben dem fairen Lohn, attraktive Anstellungsbedingungen, einfache Prozesse, und auch eine gute Kommunikation. Jonathan, du hast gesagt: «Heut hat man das einfach.» Das ist bei unserem Personal nicht so. Wir haben Angestellte, die verfügen nicht über einen Laptop, nicht über einen Anschluss, kein Office, nichts, sondern einfach das Smartphone. Wie kommuniziert man mit diesen Personen? Für uns ist es wichtig, dass wir wirklich die Kommunikation mit Mitarbeitenden verbessern können, weil dies ist ein Teil, der ab und zu, zu Konflikten führt, die wir einfach nicht mehr haben wollen. Jeder bekommt Informationen und über diese App erreichen wir alle Mitarbeitenden. Über das Office erreichen wir eben nicht alle. Und darum bitten wir wirklich, dass wir den Bereich – ist schon gewünscht da eine gute Kommunikation – dass man den nicht herausstreicht, sondern uns da die Chance gibt, dass wir wirklich mit allen Mitarbeitenden gleichzeitig kommunizieren können. Danke vielmals.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Philipp Umbricht (FDP): Ich habe bei meinen Leuten ebenfalls einen Mitarbeiter-App eingeführt. Beziehungsweise, das ist nicht eine Mitarbeiter-App, das ist ein Teilbereich, den ich über eine App führe. Das bringt sehr viel, das ist effizient, es ist gut. In dem Sinn, bitte den Streichungsantrag abzulehnen und die Mitarbeiter-App dann auch wirklich einführen. Man muss aber auch noch eine Konsequenz daraus ziehen. Und bisheriges dann abschliessen. Ist zwar schön, dass jetzt mit den Lohnabrechnungen, ich glaube jetzt zwei- oder dreimonatlich, ein Schreiben vom Verwaltungsleiter an alle Mitarbeitenden kommt. Dies soll es dann aber nicht mehr geben, wenn die Mitarbeiter-App in Betrieb ist.

Reinhold Brand (FDP): Konto 0292.3144.00, Bossartschüür Grundbeleuchtung: Aus der Vermietung der Bossartschüür sind jährliche Einnahmen von lediglich CHF 6'000 budgetiert. Geplant ist aber eine Erneuerung der Grundbeleuchtung im Inneren von CHF 30'000 oder anders gesagt von Einnahmen von über 5 Jahren. Das ist Luxus, welchen wir uns nicht leisten können. Der Betrag ist deutlich zu hoch und das kann und muss günstiger gehen. Darum ist unser Antrag, das Konto 0292.3144.00 wird um CHF 30'000 gekürzt.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Ich sage gerne ein paar Bemerkungen dazu. Die Bühnenbeleuchtung ist im 2024 erneuert worden und entspricht dem aktuellen Stand, wurde auch schon eingeweiht und ist auf ein sehr gutes Echo gestossen. Die Grundbeleuchtung selber ist sehr alt und hat zahlreiche betriebliche Mängel. Sie ist vor allem nicht auf den aktuellen Betrieb, auf das was man macht, ausgerichtet. Es gibt Anlässe, vor allem für Ausstellungen mit Bildern an den Wänden, für welche die jetzige Beleuchtung zu schwach ist. Sie ist auch nicht dimmbar, ist also nicht stärker oder weniger stärker zu machen. Sie ist nicht anpassungsfähig und entspricht nicht mehr den Bedürfnissen für solch einen Betrieb. Man hat verschiedene Varianten zur Optimierung der Beleuchtung geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass die Neuinstallation der Grundbeleuchtung technisch, betrieblich und langfristig wirtschaftlich am besten ist. Die aktuelle Beleuchtung besteht aus 200 Watt Birnen, teilweise Halogenleuchten und die brauchen sehr viel Strom. Sie können nur aus- und eingeschaltet werden. Wie schon gesagt, sie können nicht reguliert oder gedimmt werden. Neu angedacht ist, dass diese auch kompatibel mit der Bühnenbeleuchtung ist, welche schon erneuert wurde. Eine Beleuchtung mit LED-Technologie, welche auch über die Schnittstelle, die wäre auch parat, gedimmt also auch gesteuert werden kann. Theoretisch könnte man schon nur die bestehenden Halogenleuchten ersetzen. Wenn die Bossartschüür jedoch weiterhin als Veranstaltungsort und auch für Ausstellungen genutzt werden soll, dann ist die jetzige Technik wirklich total veraltet und muss

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

ersetzt werden. Wie vorhin schon gesagt, dass es einen nicht zu unterschätzenden Spareffekt beim Stromverbrauch gibt. Das zahlt sich mittel- und langfristig aus. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen und die technischen Neuerungen der Beleuchtung der Bossartschüür damit abzuschliessen.

Philipp Umbricht (FDP): Konto 2173.5040.09, Budgetkredit CHF 83'000 für das Einrichten eines Muster-Zimmers im Bezirksschulhaus. Offensichtlich ist, und das kann ich auch nachvollziehen, die Belüftungsanlage läuft langsam am Ende der Lebensdauer. Ebenso offensichtlich ist, dass die Beleuchtung möglicherweise am Ende der Lebensdauer angekommen ist. Der FDP-Fraktion erschliesst sich aber nicht, wieso man für den Ersatz oder den geplanten Ersatz oder die Neuorganisation und den Ersatz der Sachen ein Musterzimmer für CHF 83'000 bauen muss. Das entspricht einem halben Steuerprozent der Gemeinde Windisch. Das ist so ein «Try und Error-System». Was ist, wenn man irgendeine Beleuchtung reintut und dann etwas probiert und man dann feststellt, dass es nicht das gelbe vom Ei gewesen ist? Brauchen wir nicht, wir machen für die anderen Zimmer etwas Neues. Dann haben wir CHF 83'000 in den Sand gesetzt. Die Begründung, welche wir bisher haben, finden wir viel zu dünn. Der Bedarf ist Stand heute auch nicht ausgewiesen. Wir reden von mittelfristig, da haben wir Zeit. Daher beantragt die FDP-Fraktion, die CHF 83'000 einstweilen ersatzlos zu streichen und der Gemeinderat ist aufgefordert, mit dem noch mal zu kommen.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Ich verstehe die FDP, dass es hier noch diverse Detailerklärung braucht. Diese Investition ist ein relativ hoher Betrag und ich glaube so ohne weiteres nicht einfach verständlich, dass man solch eine hohe Summe dafür ausgibt. Ich versuche deshalb diesen Budgetposte konkreter zu erklären:

Die Bezirksschule ist ein Minergie-Bau mit festverschraubten Fenstern. Sie ist also auf eine kontrollierte Lüftung angewiesen. Ohne Lüftungsgeräte würde heissen, unzumutbare Raumluft oder Ersatz der Fenster, was sicher teurer wäre und der Wegfall Minergie bzw. höhere Heizkosten. Ein Fakt ist, dass die bestehenden Lüftungsgeräte alt und recht störungsanfällig sind. Es gibt für Reparaturen dieser Geräte keine Firma mehr in der Schweiz, was ärgerlich ist, aber leider immer mehr vorkommt. Es gibt auch keine Ersatzteile mehr. Mit einem Musterzimmer soll Erfahrung gesammelt werden, damit nicht wieder das gleiche passiert wie mit den Sewegon-Geräten passiert, welche man eingebaut hat und dann später festgestellt hat, dass nicht alles optimal ist.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Der Budgetkredit beinhaltet auch CHF 13'600 für Ingenieurleistungen. Der Grund ist, dass noch geprüft werden soll, ob der bestehende Monoblock auf dem Schulhausdach, der bis jetzt für die Kochschule war, aber nicht mehr benötigt würde, ob der für einen Teil der Schulzimmer genutzt werden könnte, damit man keine neuen Geräte kaufen muss. Das wäre natürlich bedeutend effizienter und viel billiger. Dies muss man aber von einem Ingenieur anschauen und prüfen lassen, das kostet etwas.

Bevor die Gemeinde alle Geräte auswechselt und eine hohe Summe ausgibt, möchte sie also bei einem Musterzimmer Erfahrung sammeln. Damit könnte man auch gewisse einzelne Geräte rausnehmen und als Ersatzteillager brauchen. Wie schon gesagt, gibt es sonst absolut keine Ersatzteile mehr.

Die Summe im Budget beinhaltet auch noch den Ersatz der anfälligen und alten Wasserleitungen im Boden von über CHF 10'000 und eine Anpassung der Beleuchtung von CHF 10'000. Zu diesen zwei Dingen möchte ich noch ein paar Worte erwähnen.

Bezüglich Wasserleitungen: Das Schulhaus ist von 1965. Die Vertikalleitungen wurden 2012 ersetzt, die sind gut. Was man damals aber nicht gemacht hat sind alle horizontalen Wasserleitungen. Bei diesen besteht die Gefahr der Durchrostung. Es gibt einzelne Fälle, welche Probleme verursachen. Die Leitungen sind bleihaltig und müssen dringend ersetzt werden. Das ist auch in diesem Budgetposten enthalten.

Bezüglich Leuchten ist festzuhalten, dass die aktuellen T5 Leuchten neu verboten sind. Man kriegt hier keinen Ersatz und man kann diese nicht auswechseln. Auch dort müssen wir die Beleuchtung ersetzen.

Zusammengefasst enthält dieser Budgetposten nicht nur die Frage des Sewegon-Gerätes in einem einzelnen Schulzimmer, sonst wäre das etwas teuer für die CHF 83'000, sondern auch den Ersatz der horizontalen Wasserleitungen, die Beleuchtung und nicht zu vergessen die Ingenieurleistungen zum Prüfen, ob es bedeutend billiger käme, wenn man den Monoblock einsetzen könnte und so bei einzelnen Zimmern die Belüftung machen könnte. Ich bitte Sie daher den Antrag abzulehnen.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Karin Hefti (FDP): Der Verwaltungsaufwand steigt überproportional zu den verharrenden Steuereinnahmen. Die FDP-Fraktion erachtet insbesondere die Erhöhung des fixen Stellenplans um 110% in der derzeitigen kritischen Situation als nicht zielführend. Wir stellen daher Streichungsanträge zu den Konten: 217x, 2194, 5351, 5442 und 5790.

Ich beginne mit dem 1. Konto mit permanenter Stellenerhöhung, dem Konto 217x, Hauswartungen. Gemäss Auskunft der Gemeindeverwaltung ist das Konto für die Stellenerhöhung Hauswartung nicht genau ersichtlich. Es würden sich dazu bereits durch Neueinstellungen diverse Verschiebungen ergeben. Je nach weiteren Anstellungen könne dies auch kostenneutral erfolgen. Die FDP-Fraktion erstaunt, dass im Budget 2025 eine Stellenerhöhung für eine Bereichsleitung Hauswartung beantragt wird, ohne Kontierung und Kostenerhöhung bekanntzugeben. Mehr Stellenprozente bedeuten auch höhere budgetierte Kosten.

Antrag:

Die Stellenerhöhung im Bereich Bereichsleitung Hauswartung um 20% wird nicht bewilligt und das Konto 217x wird um CHF 21'600 gekürzt (Löhne CHF 18'000 + 20% Soziallasten CHF 3'600).

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): In den letzten zwölf Monaten ist es bekannterweise im Hauswarte-Team zu diversen Kündigungen gekommen. In diesem Zusammenhang haben wir auch eine Organisationsentwicklung gestartet, weil die bisherige Lösung, die Verwaltung, vor allem der Bereichsleiter Hochbau, übermässig stark belastet hat. Bisher waren alle Hauswarte dem Bereichsleiter Hochbau unterstellt und deswegen hat sich der Bereichsleiter mit sehr vielen Kleinigkeiten, alle Anfragen sind direkt an ihn gekommen, egal von wem, auseinandersetzen müssen. Das hat erstens sehr viel Zeit beansprucht und ist auch sehr teuer. So führt dies dazu, dass sich der Bereichsleiter zu wenig für die langfristige Planung und um grössere Projekte kümmern konnte. Das wurde hier im Einwohnerrat ja auch schon beklagt. Man hat sich beklagt, dass entsprechende Kreditanträge erst kommen, wenn es eine Notsituation gibt. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen. Beim Bereichsleiter Hochbau, solange er noch hier war, hat sich ein grosser Überstunden-Saldo angesammelt und er musste sich wirklich auch mit Dingen auseinandersetzen, welche nicht auf seiner Ebene sind. So sind wir der Meinung, womit sich ein Bereichsleiter auseinandersetzen soll. Mit der neu eingesetzten Teamleitung für Hauswart-Teams, soll das Problem, auch im Hinblick auf die Neuanstellung vom Leiter Hochbau, deutlich optimiert werden.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Um die Teamleitung übernehmen zu können, muss der Teamleiter entlastet werden. Man kann ihm nicht einfach noch eine Teamleitung aufbürden. Das geschieht mit einer Neuregelung der Zuständigkeiten für einzelne Liegenschaften und die Erhöhung der dafür benötigten Ressourcen und die 20%, der schon genannten Summe. Gerade am Anfang des neuen Prozesses, welchen wir eingeleitet haben, ist ein grosser Effort zu leisten, damit das auch zum Fliegen kommt. Einerseits würde dem neuen Teamleiter die fachliche und personelle Führung aller Hauswarte übertragen, eine nicht zu unterschätzende Arbeit. Zudem sollen die Prozesse neu optimiert werden. Hier haben wir festgestellt, dass Optimierungspotential besteht. Es soll standardisiert werden, aber dies muss auch ausgearbeitet werden, z.B. Reinigungen. Weiter werden die Stellvertretungen, der Pikett-Dienst, sowie die Kompetenzen neu geregelt. Ob der Stellenplan, wenn man das alles einmal gemacht hat, langfristig reduziert werden kann, können wir jetzt einfach noch nicht sagen, aber man kann es erhoffen. Da können wir jetzt aber noch keine Antworten geben. Wir bitten Sie, damit wir den Prozess jetzt wirklich einleiten können. Wir sind überzeugt, das ist sehr wichtig und langfristig sogar eine Verbesserung der Situation ist, auch finanziell. Wir bitten Sie auf diese Kürzung zu verzichten und den Antrag abzulehnen.

Karin Hefti (FDP): Konto 2194.3010.00 Schulsozialarbeit: Es ist das zweite Konto mit einer permanenten Stellenerhöhung. Die FDP-Fraktion stellt den folgenden Antrag:

Antrag:

Die Stellenerhöhung im Bereich Bereichsleitung Schulsozialarbeit um 10% wird nicht bewilligt und das Konto 2194.3010.00 wird um CHF 12'000 gekürzt (Löhne CHF 10'000 + 20% Soziallasten CHF 2'000).

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der Bereich Gesellschaft hat 2024 viele neue Aufgaben übernommen und hat heute 17 Mitarbeitende in allen Bereichen. Die Bereiche sind: Materielle und immaterielle Hilfe, Alimentwesen, Elternschaftsbeihilfe, Jugend- und Familienberatung, Unterhaltsverträge, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Integration, Asyl, Koordinationsstelle Alter, Tagesfamilie, Tagesstrukturen und Koordinationsstelle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Damit ist der Verantwortungsbereich der Abteilung gestiegen und die bereits grosse Führungsspanne der Abteilungsleiterin hat sich zusätzlich erhöht. Im Rahmen der externen Verwaltungsanalyse hat die BDO AG das Einsetzen von Bereichsleitenden empfohlen. Auch der Ein-

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

wohnerrat fordert mit seinen Vorstössen und Fragen zu verschiedenen Themen, wie Jugendarbeit, Suchthilfe, Tagesstrukturen, neue Konzept und Aufgaben erarbeitet werden. Dafür brauchen wir in der Verwaltung natürlich auch entsprechende Ressourcen und Strukturen. Die Erfahrungen aus dem laufenden Jahr haben gezeigt, dass die Einführung von Bereichsleitungen mit zusätzlichen Ressourcen bereitgestellt werden muss, damit auch für das Tagesgeschäft die bestehenden Ressourcen erhalten bleiben. Mit der aktuellen Arbeitsbelastung ist es der Abteilungsleiterin kaum mehr möglich, eine Übersicht über die einzelnen Bereiche zu behalten und gleichzeitig die Erwartungen der Politik und der einzelnen Mitarbeitenden gerecht zu werden. Durch die Übernahme von Bereichsleitungen durch bestehende Mitarbeitende im Bereich Sozialer Dienst, gibt es auch noch einen Antrag für Schulsozialarbeit von 10%, kann die notwendige Entlastung geschaffen werden. Die Aufwendungen für die Bereichsleitungen sind auch schon bereits im Finanzplan abgebildet. Ich finde es auch extrem wichtig, dass man auch die fachliche Leitung der Schulsozialarbeit sauber aufgegleist hat. Der Gemeinderat bittet euch, den Antrag abzulehnen.

Fabian Schütz (SVP): Ich habe jetzt bei der Begründung viel gehört, dass quasi die Ansprüche der Politik dies treiben. Oder ist es das Bedürfnis der Politik oder vom Einwohnerrat und das Bedürfnis der Mitarbeiter der Gemeinde. Ich sehe einfach nicht, wie das einen Mehrwert für Bürger oder für Kunden stiftet. Wie ich es jetzt verstehe, wird kein einziges Gespräch mehr mit einem Kunden geführt, sondern es ist eigentlich ein bisschen Selbstbeschäftigung im Inneren der Politik und der Verwaltung.

Mirjam Aebischer (SP): Ich bin leicht über die Streichungsanträge irritiert, nachdem wir eine Verwaltungsanalyse gemacht haben und probiert haben, eine effizientere Verwaltung zu erreichen. Da gehören meiner Meinung nach auch Teamleitungen dazu, wenn man nicht basisdemokratisch organisiert ist. Ich bin leicht irritiert, dass von der rechten Seite her jetzt plötzlich Streichungsanträge kommen. Weil ich glaube nicht, dass es für ein gutes und effizientes Arbeiten förderlich ist. Ich denke, die mittlere Hierarchie ist wichtig.

Nadja Sträuli (GLP): Ich möchte darauf gerade eingehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es um die Führung von drei Personen geht, wobei eines davon schon der Bereichsleitende Schulsozialarbeiter wäre. Ein Schulsozialarbeiter-Team kann durchaus agil organisiert sein und braucht nicht eine bereichsleitende Person. Es sind drei Personen, die einen klaren Auftrag haben, die so oder so mit viel Intersision arbeiten müssen, damit sie sich gegenseitig beraten

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

können und klar definierte Zuständigkeiten von den Schulhäusern her haben. Von daher sehe ich es nicht als notwendig, anders jetzt wie bei den Hauswarten, wo es acht Leute sind, für so ein Mikro-Team Geld zu sprechen, für eine Bereichsleitung.

Luzia Capanni (SP): Ich habe eine Frage an den Gemeinderat, und zwar: Ist im Bereich Schulsozialarbeit auch vorgesehen die Jugendarbeit in diesen Bereich aufzunehmen?

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Das ist vorgesehen, wenn wir dann bei dem Thema sind. Zum Thema Schulsozialarbeit ist es auch so, dass wir gerade im Moment mit der Gemeinde Hausen in Verhandlung sind. Die Gemeinde Hausen hat beantragt, dass wir ebenfalls die Schulsozialarbeit für sie übernehmen und man damit auch in einer regionalen Zusammenarbeit die ganze Arbeit mit den Jugendlichen in diesem Team übernimmt.

Luzia Capanni (SP): Das heisst, es sind mehrere Aufträge darin angedacht, wo es auch darum geht, eine Regionalisierung voran zu treiben. Ich meine, ich habe auch mal gehört, dass man auch Schulsozialarbeit regionalisiert angehen möchte. Ich glaube, es hat auch einen Entwicklungsbereich, eine Entwicklungsarbeit darin, was eine Möglichkeit ist, weiterzugehen. Noch ganz kurz zur Jugendarbeit, um dies vorwegzunehmen. Wenn man im Kanton Aargau schaut wie die Jugendarbeit aufgestellt ist, ist unsere Region Brachland. Ich denke, da würde es Sinn machen, weiter zu denken und auch regional zu denken, weil damit Ressourcen und auch Know-how gebündelt werden können. Vielleicht geht es eben nicht nur um zwei oder drei Personen, sondern vielleicht in Zukunft auch um eine Weiterentwicklung für mehr Personen.

Philipp Umbricht (FDP): Faktisch geht es da um eine kleine Stellenerhöhung der Sozialarbeit. Wir diskutieren glaube ich aber grundsätzliche Fragen. Das sind grundsätzliche Fragen, die jetzt Lucia angesprochen hat: Wo sind wir? Wo wollen wir hin? Was wollen wir? Machen wir es alleine? Machen wir es regional? Und so weiter. Das sind meines Erachtens sicher Fragen, die man einmal diskutieren müsste oder könnte oder vielleicht auch sollte, aber nicht im Rahmen vom Budget. Ich habe mich erinnert, oder es hat mich jetzt erinnert, an die Diskussion und ans Votum von Reto zum Musterzimmer der Bezirksschule. Wenn ihr das alles so in die Botschaft geschrieben hättet, dann hätten wir den Antrag nicht gestellt. Also offenbar sind Ideen vorhanden die nachher Einfluss zu einem Antrag haben. Die sind aber nicht niedergeschrieben. Quintessenz für mich, Stand heute, nicht ausgegoren und von daher keine Zustimmung. Sondern sich grundsätzlich überlegen, was man will, und dann den richtigen Antrag stellen. Im

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Kanton sind dies dann, Lucia weiss es, Fabian wird es noch lernen, die sogenannten Anträge mit Projektstellern. Da hat man einen klaren Projektbeschrieb, ein klares Budget und ein klares Zeitfenster, mit dem man irgendwas vertieft schaffen will.

Um an das Votum von Mirjam noch anzuschliessen. Ja, je nachdem wie gross diese Struktur ist, braucht es Hierarchien, braucht es Teamleitungen. Es braucht auch Weiterentwicklung vom Team. Es braucht ein Konzept. Ihr kennt das Sprichwort, wer rastet der rostet. Das ist tägliches Business von jedem Betrieb, von jedem Team. Das gehört dazu und das kann nicht Begründung sein, mehr Ressourcen zu verlangen, nur wenn man sich organisatorisch ein bisschen anders organisieren will. Sonst sind wir, ich hoffe mindestens die Älteren haben es mal gelesen, in Parkinsons Gesetz, wo sich jede Verwaltung selber ein bisschen aufblähen tut. Das kann es nicht sein. Für mich hier zusammengefasst, nicht spruchreif. Ich sage nicht nein, Stand heute nicht spruchreif, daher Ablehnung.

Karin Hefti (FDP): Ich möchte noch mal in Erinnerung rufen. Wir sind in einer kritischen finanziellen Situation und man muss sich wirklich überlegen, ob man nicht einfach den Stellenplanfond, den wir haben, einmal einfriert. Und dann halt untereinander, wo nötig, umschichtet. Darum stelle ich beim dritten Konto mit permanenter Stellenerhöhung einen Antrag, Konto 5351 Koordinationsstelle Alter Region Brugg:

Antrag:

Die Stellenerhöhung im Bereich Koordinationsstelle Alter Region Brugg um 10% (von 50% auf 60%) wird nicht bewilligt und das Konto 5351.3010.00 Löhne, Koordinationsstelle Alter Region Brugg wird um CHF 11'160 gekürzt (Löhne CHF 9'300 + 20% Soziallasten CHF 1'860). Gemäss Gemeindeverwaltung beträgt der Anteil Windisch rund 21% bzw. rund CHF 2'500. (Löhne CHF 2'000 + 20% Soziallasten CHF 500 = CHF 2'500)

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Die Koordinationsstelle Alter ist seit dem 01.01.2024 mit einer Leistungsvereinbarung der Gemeinde Windisch angegliedert. Mit der Koordinationsstelle Alter machen wir für neun Gemeinden Informationsarbeit und Koordinationsarbeit zu allgemeinen Altersfragen. Die regionale Kommission für Altersarbeit, mit ihr haben wir eine Leistungsvereinbarung, hat im Budget, in der Budget-Sitzung im August, entschieden, dass sie die Anstellung der Koordinatorin auf 60 Prozent erhöhen wollen. Die Begründung dabei ist, dass mit der Gemeinde Villigen dieses Jahr und der Gemeinde Villnachern, durch die Fusion mit Brugg,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

neue Gemeinden zur regionalen Arbeit dazugestossen sind. Die Bevölkerung wächst. Die demografische Entwicklung und Koordination von vielen freiwilligen Arbeiten erhöht die Anforderung an die Koordinationsstellen. Die Kosten der Koordinationsstellen sind unter den beteiligten Gemeinden im Verhältnis der Einwohnerzahl finanziert. Die Pensenerhöhung belastet die Gemeinde Windisch somit nur mit rund 20%, also rund CHF 2000. Wir haben die Kosten im Konto 5350.3612.00 eingestellt. Das ist der Pauschalbeitrag, welchen wir an die Koordinationsstelle Alter zahlen. Ich denke, da geht es auch um die Verlässlichkeit der Gemeinde Windisch, nämlich dass wir einen Auftrag, welchen wir mit einer Leistungsvereinbarung angenommen haben, auch ausführen. Ich bitte euch, den Antrag abzulehnen.

Ueli Widmer (SP): Es geht um CHF 2000. Da könnten wir jetzt heute oben eine Sammlung machen und jeder gibt irgendwie CHF 50, dann hätten wir das zusammen. Das andere ist, dass wir Verträge mit den Gemeinden haben und diese Verträge sollen grundsätzlich eingehalten werden. Es ist schon so, wir versprechen denen etwas und jetzt kommen wir und sagen: Ja gut, jetzt senken wir die Stelle. Also wir reduzieren da unsere Leistungen. Ich glaube, das ist nicht das, was man sich unter regionaler Zusammenarbeit und Verlässlichkeit vorstellt. Darum denke ich, wir müssten den Antrag ablehnen.

Philipp Umbricht (FDP): Konto 5442.3010.00, Jugendtreff: Da ist schon eine Stellenerhöhung von 50% vom Gemeinderat beantragt. Ich beziehe mich schon wieder auf Lucia. Sie haben es vorhin gesagt: Die Jugendarbeit in der Region sei düster. Ich kann es objektiv nicht beurteilen, habe aber subjektiv eher auch das gleiche Gefühl. Wenn wir die Jugendarbeit in Windisch anschauen. Die liegt seit Jahren, nicht zu sagen seit Jahrzehnten, etwas im Argen. Mal haben wir einen Jugendarbeiter, dann haben wir wieder keinen. Mal haben wir das Konzept, dann haben wir wieder ein anderes. Für mich gefühlt, das wechselt schneller, als ich das nachvollziehen kann. Stand heute haben wir wieder einmal niemand als Mitarbeitende und wir haben auch kein Konzept. Wo die Jugendarbeit nämlich mal drin war, im Schützenhaus, da ist jetzt der Kindergarten drin. Das ist ja gut, heisst natürlich auch, es steht für den Jugendtreff nicht mehr zur Verfügung. Sie sind jetzt, meines Wissens, mehr oder weniger provisorisch, ich glaube, im Keller im Dorfschulhaus untergebracht oder untergebracht gewesen. Wo sind wir mit der Jugendarbeit in Windisch, Stand heute? Nirgends, wo wir hin wollen? Keine Ahnung. Was wir machen wollen, ob alleine oder mit anderen? Haben wir übrigens auch schon probiert, war ein Hin und Her. Weil ein Konzept, wollen wir etwas stationär machen, wollen wir eine

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Aufsuchende machen? Keine Ahnung. Wir haben, ausser dass wir Jugendarbeit machen möchten, wissen wir eigentlich nicht mehr. Der Gemeinderat beantragt die bisherige Stellendotation von 50 auf 100% aufzustocken. Sie wollen dafür zwei Mitarbeitende anstellen, das macht sicher Sinn. Da könnten sie sich wenigstens allenfalls auch ein bisschen vertreten. Und sie sollen, und da zitiere ich jetzt: «Die beiden neuen Mitarbeitenden hätten die Möglichkeit, die Jugendarbeit neu aufzubauen und Konzepte für die Jugendarbeit Windisch zu entwickeln.» So kann es nicht gehen, dass der angestellte Mitarbeitende kommt und zuerst einmal seinen Stellenbeschrieb selber macht und dann dort reinschreibt, was er allenfalls für gut befindet. Und wenn er geht kommt der Nächste und macht dann vielleicht wieder das Gleiche. Es ist meines Erachtens auch nicht denkbar und möglich, einen oder gar zwei Jugendarbeiter anzustellen, wenn man nicht weiss, was sie machen sollen. Wo ist das Auswahlprofil? Von dort her für mich einmal mehr, unausgegoren, nicht spruchreif. Ich habe nichts gegen die Jugendarbeit. Ich finde, das ist eine wichtige Geschichte. Wenn die Jugendarbeit funktioniert und die Jugendanwaltschaft funktioniert, haben ich oder meine Leute ein bisschen weniger Arbeit. Da sind wir froh drum. Wir haben nämlich sonst genug. Bevor wir aber Geld sprechen, bevor wir Stellen sprechen, bevor wir Leute anstellen, müssten wir wissen, was man will, wohin man will, möglicherweise dann auch, was das kostet, wie viel Leute das braucht, was alles in der Umgebung ist. Daher stand heute, die Stellenerhöhung Jugendarbeit von 50% ablehnen. Also das Konto 5442.3010.01 um CHF 50'000 kürzen. Übrigbleibend sind ja noch die 50%, die wir im Budget haben, die wir bisher schon drin hatten. Bruno hat es erwähnt, die Idee vom Gemeinderat ist, dass man diese in die Schulsozialarbeit verschiebt, ist sicher eine Variante. Ich würde aber eher empfehlen, dass wir die Mittel, die man da hat, dafür einsetzt, wirklich einmal das Konzept zu erarbeiten, eine Stellenbeschreibung zu erarbeiten und dann mit einem Antrag zur Jugendarbeit wieder zu kommen, der Hand und Fuss hat und der hoffentlich auch Zukunft hat und nicht nur eine Lebensdauer von gefühlt wenigen Monaten.

Claudio Deragisch (SP): Philipp, ich glaube, was Jugendarbeit ist, wissen wir. Welche Modelle es gibt, wissen wir auch. Du hast sie selber genannt. Die Empfehlung vom Dachverband Jugendarbeit ist pro 10'000 Einwohner 200 Stellenprozent, um funktionieren zu können. Ich glaube nicht, dass der Auftrag ist, ein Konzept für die Jugendarbeit zu schreiben. Aber wir haben Jugendliche, wir haben relativ viele Einwohner, wir haben relativ viele Problematiken in der Gemeinde, die eine Jugendarbeit erfordert. Und ich glaube, wir müssen wirklich anfangen zu arbeiten, dass wir nachher zusammen mit dem Gemeinderat entscheiden können: Braucht

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

es eine aufsuchende Jugendarbeit? Braucht es eine stationäre Jugendarbeit? Welche Jugendangebote müssen wir überhaupt haben, dass wir so ein Konzept entwickeln können. Ich weiss nicht, ob es fair ist, dass wir jetzt im Rahmen eines Finanzplanungsprozesses irgendwie versuchen, dies auf Kosten der Jugendlichen auszutragen. Darum bitte ich euch den Antrag abzulehnen und unsere Zukunft der Gemeinde zu stärken.

Marco Jacopini (SP): Ich habe auch das Gefühl, dass die Jugendarbeit in Windisch definitiv noch Luft nach oben hat. Die Situation empfinde ich als bedenklich und unbefriedigend, denn wir haben es einfach nicht geschafft, in den letzten Jahren eine zeitgemässe und qualitativ gute Jugendarbeit aufzubauen. Ich habe auch ein Stück weit Verständnis dafür, für eure Bedenken oder für deine Bedenken, Philipp. Jetzt in dieser finanziell angespannten Situation, in dem Bereich, wo wir eben diese Unsicherheiten gehabt haben, wo wir auch vielleicht ein bisschen bemängelt haben, dass kein Konzept da ist oder kein ausgeschriebenes Stellenprofil ist, dass man jetzt vielleicht dort nicht die Stellenprozent aufstocken sollte. Es kommt noch hinzu, dass wir in den letzten Jahren aufgrund dieser Situation, dass wir keine oder eine lückenhafte Jugendarbeit gehabt haben, auch sehr viel Geld haben sparen können. Es sind vom Jahr 2022, 2023, 2024 doch CHF 322'000 vorhanden, welche wir aufgrund dessen gespart haben, dass wir keine Jugendarbeit oder eine lückenhafte Jugendarbeit hatten. Die Überlegungen, die wir uns machen, sind alles Überlegungen von uns Erwachsenen, von den Einwohnerräten, ein bisschen Strategie, ein bisschen Gedankenspiel, ein bisschen Konzept denken und so weiter. Aber die Meinungen der Jugendlichen, die sind da nicht berücksichtigt. Ich finde es extrem schade, weil die Jugendlichen sitzen nicht da, haben keine Stimmen, können nicht mitreden. Sie verlassen sich ein Stück weit auch auf uns, dass wir dann ihre Bedürfnisse aufnehmen, schauen, was sie brauchen und dementsprechend auch Angebote anbieten. Dass die Jugendlichen das brauchen oder verlangen höre ich einerseits von denen, die mich ansprechen, vom Umfeld, welches das hört, aber auch, es hat gezeigt, im 2024 hat es einen kurzen Moment gegeben, wo wir ein paar Monate lang den Jugendtreff etwas aufleben lassen konnten, die Jugendarbeit. Dort sind die entsprechenden Besucherzahlen sehr gut gewesen. Dass wir einen Jugendraum haben, das ist so. Der ist umgezogen und wurde im Dorfschulhaus eingerichtet und hat eine komplette Einrichtung, daran soll es nicht scheitern. Ich denke es muss unser Ziel sein, dass sich die Jugendlichen in unserer Gesellschaft wohlfühlen, dass sie integriert sind. Ganz wichtig, dass sie sich mit unserer Gemeinde identifizieren. Die Jugendarbeit ist nicht immer einfach. Das kostenlose Ergänzungsangebot unserer Verein, es ist ein Zufluchtsort, auch für die Jugendlichen, die vielleicht nicht immer so ein behütetes zu Hause haben,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

dass sie einen Ort haben, wo sie hingehen können. Sie haben erwachsene Leute dort, die ausserhalb vom familiären Umfeld sind. Sie können Beziehungsarbeit aufbauen. Das fördert den Selbstwert. Es ist gesundheitsfördernd mit dem ganzen Sportangebot. Sie haben eine Ansprechperson, es gibt eine Beziehungsarbeit, Schnittstelle zwischen der Schule, den Eltern, den Fachstellen, den Behörden und den Vereinen. Die aufsuchende Jugendarbeit führt nachweislich auch dazu, dass es weniger Mobbing, weniger Gewalt und weniger Suchtverhalten gibt. Sachbeschädigungen nehmen ab und dementsprechend auch die Kriminalität.

Jugendarbeit ist kein Bessersens-Angebot, das man irgendwie in einer Gemeinde anbietet, sondern es wirkt vorbeugend und präventiv, damit die Jugendlichen ein Stück weit begleitet sind, und nicht auf falsche Spuren kommen. Die Folgekosten aus so einem Prozess, wenn wir keine Jugendarbeit haben, die können wir uns alle etwa vorstellen. Das ist eine Investition in die Zukunft, die Jugendarbeit. Ja, die Stellen, die konnten nie besetzt werden. Ich glaube, es liegt einfach ganz klar daran, dass die Pensen, die wir anbieten, einfach nicht attraktiv sind. Da wird sich niemand für eine 50% Stelle bewerben, mit so vielen Jugendlichen in einer Gemeinde. Der Dachverband der offenen Jugendarbeit, Claudio hat es vorhin gesagt, schlägt für Windisch, in der Grösse der Bevölkerungsanzahl, 160 Stellenprozent vor. Mindestens. Wie sollen wir mit unseren 50 Prozent irgendwie der Jugendarbeit gerecht werden? Da verwundert es mich nicht, dass wir das nicht schaffen. Ich finde, es ist Zeit, die Jugendarbeit in Windisch anzupacken, und zwar richtig anzupacken. Das schaffen wir meiner Meinung nach nur, wenn wir zwei attraktive Stellen schaffen. Attraktive Stellen, das heisst, 2 mal 80 Prozent. Stellenprozent, das ist die Grundlage um qualifizierte Mitarbeiterinnen zu finden, welche den Jugendtreff aufbauen können und den handhaben können. Es braucht qualifiziertes Fachpersonal. Das müssen Leute sein, die das Know-how haben. Sie müssen sich engagieren und eine gewisse Flexibilität an den Tag legen können, um mit den Jugendlichen zusammenzuarbeiten. Da kann man nicht nach einem Konzept fahren. Das kann ein Rahmen sein, aber darin müssen wir uns frei bewegen. Sonst ist das extrem schwierig mit den Jugendlichen zusammen. Daher finde ich, ist es ganz wichtig, dass wir probieren, das jetzt anzugehen, jetzt Stellenprozent zu schaffen und dementsprechend das anzugehen. Im Vergleich zu dem, schnell noch mal zu sagen. Wir haben die Lohnkosten im Budget 2025 von CHF 110'000. So eine Pensenerhöhung um 60%, würde noch mal zusätzliche CHF 72'000 Mehrkosten verursachen. Davon wären CHF 60'000 Lohnkosten und CHF 12'000 Soziallasten. Im Vergleich zu dem, was wir in den letzten drei Jahren eingespart haben und im Vergleich zu den Folgekosten, die es daraus ergeben,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

wenn wir immer noch keine Jugendarbeit anbieten werden, finde ich, ist das ein sehr bescheidener Betrag. Meiner Meinung nach ist das definitiv ein Grund und ein Versuch wert, diese Stellenprozente jetzt aufzustocken und eine zeitgemässe Jugendarbeit endlich aufbauen zu können. Ich glaube, das wird sich lohnen, ganz sicher. Denn Jugendarbeit ist nichts, was man länger aufschieben soll. Wie gesagt, die Jungen, die haben keine Stimme. Also müssen wir für sie den Weg aufbereiten. Deshalb stelle ich den Antrag die Stellenprozent Jugendarbeit von 60% auf total 160% im Konto 5442 Jugendtreff zu erhöhen, CHF 60'000 Löhne und CHF 12'000 Soziallasten.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Ich glaube, das sind von beiden Seiten klärende Worte gewesen, zur Haltung zur offenen Jugendarbeit. Ich gehe ein bisschen zurück, weil man fragt sich ja auch, wie die Situation heute so sein kann. Die offene Jugendarbeit in Windisch ist bis 2022 durch Angela Weiss mit einem 50% Pensum geführt worden. Weil man Jugendarbeit nicht allein machen kann, hat sie vom Einwohnerrat bewilligt, weitere 50% als Ausbildungsplatz bekommen. Ein Ausbildungsplatz für angehende Jugendarbeiterinnen. Insgesamt also 100 Stellenprozent. Für die Jugendarbeit aufgeteilt in 50% Fachstellen und eben die 50% Ausbildungsstelle. 2022 hat Angela Weiss nach etwa fünf oder sechs Jahren, sie hat das wirklich tiptopp gemacht, die Anstellung als 50% der Jugendarbeiterin gekündigt. Damit sind natürlich auch die 50% Ausbildungsplätze verschwunden. Wir haben also wegen einer 50% Kündigung null gehabt. Der Gemeinrat hat die 50% Fachstelle umgehend ausgeschrieben und zusätzlich eine externe Firma mit der Suche nach einer Fachkraft beauftragt. Es ist keine valable Bewerbung eingegangen. Auch die externe Firma hat keinen Vorschlag unterbreiten können. Das Postulat Jugendabend vom Juni 2022 hat den Gemeinrat aufgefordert: Aufgabenbereich Organisation, der Jugendarbeit in Windisch auf ihre Ziele hin zu überprüfen. Zudem soll der Gemeinrat Zusammenarbeit und Mitfinanzierung mit und durch Nachbargemeinden im Bereich der Jugendarbeit prüfen. Im November 2022 haben wir der Firma Team Plus Future Management, Raul Rosenberg, mit der Evaluation und der Analyse der offenen Jugendarbeit beauftragt. Es hat sich schnell gezeigt, dass für eine umfassende Jugendarbeit in Windisch und Umgebung mindestens 200 Fachstellenprozent nötig sind. Wir sind da im Budgetprozess gewesen und da sind wir beim Thema, man muss manchmal verzichten. Der Gemeinderat hat darauf dann alle laufenden Projekte auf ihre Finanzierbarkeit geprüft und der Gemeinderat hat entschieden, die Evaluation per August 2023 abzubrechen, weil in dem finanziellen Umfeld und der verfügbaren Ressourcen, Konzept und Massnahmen der Evaluation wahrscheinlich wenig Wirkung erzielt hätten. Ende 2023 haben wir per Januar 2024 eine 50% Anstellung einer geeigneten

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Fachperson machen können. Sie hat rasch einige Angebote wieder aktiviert. Die Nutzung durch die Jugendlichen hat gezeigt: Ja, es braucht Jugendarbeit in Windisch und sie fällt auf fruchtbaren Boden. Weil der alte Jugendtreff das „WW“ im Schützenhaus durch den Waldkindergarten belegt ist, ist für den Jugendtreff der Vereinsraum in der Dorfturnhalle zeitlich unbegrenzt und ohne Einschränkungen für die Nutzung zur Verfügung gestellt. Leider hat die neue Mitarbeitende aus persönlich und familiären Gründen dann Ende April die Anstellung wieder beendet. Das ist die Situation und was jetzt läuft.

Bereits 2023 hat die Gemeinde Hausen Interesse an einer regionalen Zusammenarbeit in der Jugendarbeit aufgezeigt. Wir haben das 2024 vertieft geklärt. Eine Botschaft an den Einwohnerrat Windisch und die Gemeindefversammlung in Hausen sind vorbereitet gewesen und im letzten Moment, Ende August, hat uns die Gemeinde Hausen dann mitgeteilt: Sie würden für das Jahr 2025 noch keinen Betrag ins Budget einstellen. Wir haben dort eine Absage erhalten. Was hat jetzt der Gemeinderat überlegt? Gleichzeitig hat Hausen gesagt: Wir möchten dann aber schon dranbleiben und würden gerne eben der Ausarbeitung mit der Schulsozialarbeit enger zusammenarbeiten. Wir vom Gemeinderat und auch die Verwaltung wollen wirklich eine funktionierende offene Jugendarbeit. Dafür müssten wir gemäss Empfehlungen, die wir jetzt vom Dachverband gehört haben, für eine Gemeinde wie Windisch rund 160% Stellenprozente einsetzen. Für die 100% Stellen im Budget sollen zwei Fachpersonen für die Jugendabende dargestellt werden, die sich der Reaktivierung der offenen Jugendabende in Windisch und der Region annehmen. Das Konzept, welches für die Jugendarbeit besteht, braucht aber eine Aktualisierung und eine Anpassung an die Bedürfnisse der Jugendlichen. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, dass mit lediglich einer 50% Fachstelle diese Aufgabe nicht umsetzbar ist. Wenn der Einwohnerrat der Pensenerhöhung nicht zustimmt, dann beabsichtigt der Gemeinderat die bestehenden 50% in der Schulsozialarbeit einzusetzen. Wie ich am Anfang ausgeführt habe, hat grundsätzlich der Einwohnerrat eine 100% Stelle für Jugendarbeit bewilligt. Wir wollen und ich denke, Marco Jacopini hat sehr, sehr viel Klares und Gutes gesagt. Wir wollen wirklich die Jugendarbeit vorwärtsbringen. Es ist jetzt an der Zeit dazu etwas zu machen. Der Gemeinderat hat 100% ins Budget eingestellt, weil er die schon gehabt hat. Er hat noch keine zusätzliche Erhöhung beantragt und darum haben wir auch die 100% eingestellt. Mit der Idee, dass wir die 100% zum Reaktivieren brauchen, um aufzubauen und keinen Aufgabenbeschrieb zu machen, sondern die Konzepte zu überarbeiten und eine klare Idee auszuarbeiten, wie wir die Jugend haben zum Laufen bringen.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Martin Gautschi (FDP): Ich muss wirklich sagen, dass ich eigentlich mit Marco einverstanden bin. Ich finde die Jugendarbeit wirklich etwas Wichtiges. Meine Tochter ist auch immer gerne gegangen und war sehr enttäuscht, dass es nicht mehr stattfindet. Da hat er wirklich recht, unter Umständen auch mit mehr Prozent. Mit 160% ist aber doch einfach der Managementansatz falsch. Wie schon von Philipp gesagt. Es kann doch nicht angehen, dass die Leute selber sich schlussendlich noch eine Einstellung geben. Da ist wirklich jetzt der Gemeinderat zusammen mit der Schulleitung gefordert, jetzt das Konzept zu machen. Und vor allem, Marco, wenn wir schnell sein wollen, dann muss man nicht jetzt einfach Leute anstellen, sondern dann muss man den richtigen Menschen vom Ansatz wählen. Zuerst muss man wissen was man will und dann kann man sehr gezielt, zackig, die richtigen Leute anstellen. Dann kommt man vorwärts, aber nicht das Pferd vom Schwanz aufziehen. Darum jetzt für dieses Jahr, nein sagen und dann an die Arbeit und auch mit Hausen zusammen. Es hat sich gerade jetzt gezeigt, dass offenbar noch Erklärungsbedarf besteht und dann überzeugt, ein gutes Konzept für das Budget 2026 einreichen.

Alex Heinemann (FDP): Ich beziehe mich generell auf die Anträge, die Sparanträge, die wir heute Abend gehabt haben. Ich habe das mit Interesse verfolgt. Wir haben vor ein paar Monaten entschieden das Schulhaus zu bauen. Da haben alle Parteien gesagt, dass man bei anderen Bereichen sparen muss. Heute Abend wird seitens SP und der Grünen kein einziger Sparantrag unterstützt und auch keiner eingereicht. Ich verstehe die Argumente von euch. Ich kann diese bei verschiedenen Anträgen nachvollziehen, aber man muss Prioritäten setzen. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich finde das Verhalten von uns gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Windisch nicht korrekt. Ich bin beeindruckt, wie man einfach ignoriert und überhaupt nicht sparen will. Egal, ob man die Themen gut findet oder nicht. Ich hoffe, dass wir das in Windisch irgendwann einmal ein bisschen anders schaffen.

Karin Hefti (FDP): Ich schaue noch die Zahlen an. Ich habe heute die Hoffnung gehabt, dass das Budget nach der Einwohnerratssitzung weniger Verlust hat als vor der Einwohnerratssitzung. Aus finanziellen Gründen kann ich dem Antrag der SP, die Löhne inklusive Soziallasten um CHF 72'000 zu erhöhen, nicht zustimmen. In Axioma habe ich mal die Frage gestellt: „Wie viel?“ Wir haben netto Kosten von CHF 175'000. Wie viel Besucherzahlen haben wir überhaupt? Und die Antwort ist: „Der Jugendtreff wurde von jeweils rund 15 Jugendlichen besucht. Die Sportnächte hatten acht Teilnehmende und waren nur mittelmässig besucht.“ Und wenn ich jetzt einfach die CHF 175'000 netto durch die 23 Leute teile, dann ist das relativ viel, was

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

das kostet. Was ich auch noch gesehen habe, mein Sohn besuchte lange den FC Windisch und für mich ist das so ein bisschen der Ort, wo sehr viel Jugendarbeit geleistet wird, viel ehrenamtlich. Klar, die Gemeinde gibt auch einen sechsstelligen Betrag zur Unterstützung aus. Aber ich glaube, dies muss man auch noch ein bisschen mit diesen Stellenprozenten berücksichtigen, wie viele Leute eigentlich im FC Windisch ehrenamtlich oder zu tiefen Salären etwas leisten. Von daher, wenn ich auch unsere finanzielle Situation anschau, rate ich dringend ab dem Erhöhungsantrag von der SP zuzustimmen. Wir haben andere Prioritäten.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Ergänzend zu den Zahlen, die du genannt hast. Die 15, das sind die Besucher diesen Frühling. Wenn man den Bericht von der Jugendarbeit vor Corona liest, dann haben wir pro Jahr 1200 Besuche gehabt, mindestens, von jugendlichen Kontakten, die immer wieder entstanden sind. Einfach so eine Justierung der Zahlen.

Fabian Schütz (SVP): Ich frage mich, ob die Jugendarbeit oder die offene Jugendarbeit in dieser Form fast aus der Zeit gefallen ist. Wenn ich jetzt die Kontaktzahlen gesehen habe, die beeindruckend mich jetzt beide nicht. Die einen beeindruckend mich, weil sie sehr tief sind und die anderen sind so: „Ja, ja, auch nicht gerade hoch.“ Wir haben in den letzten zehn Jahren die aufsuchende Schulsozialarbeit stark ausgebaut. Wahrscheinlich auch, weil sich die Probleme, welche die Schulen und die Schüler heute haben, einfach verändert haben. Wie es halt oft ist, werden neue Sachen bei Staat und Verwaltungen hinzugefügt, aber die alten nicht wirklich abgelöst, sondern einfach parallel weitergezogen. Darum würde ich auch jetzt Marco ein bisschen widersprechen, dass wir in den letzten Jahren Geld gespart haben. Wir haben woanders massiv investiert und die laufenden Ausgaben erhöht. Ich habe fast das Gefühl, der Gemeinderat stimmt dem zu, denn es ist schon bezeichnend, dass in der Botschaft schon drin steht, dass bei Ablehnung der Erhöhung die Ressourcenverschiebung in die aufsuchende Schulsozialarbeit vorgenommen wird. Ich empfehle darum schwer, dass wir den Kürzungsantrag annehmen. Dann kann der Gemeinderat nachher entscheiden, ob er die Ressourcen verschieben will oder ob er tatsächlich im nächsten Jahr ein Konzept für die offene Jugendarbeit vorlegen will.

Luzia Capanni (SP): Erstmal etwas zum Votum von Alex. Ich finde das Votum interessant. Man hat die Möglichkeit gehabt in den Finanzworkshops ein Budget zu erarbeiten, wo nachher der Gemeinderat diese Sachen aufgenommen hat und in das Budget ergänzt hat. Ich glaube nicht,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

dass es darum geht, dass wir jetzt noch mal diese Sparrunden in dieser Budgetdebatte durchführen. Ich weiss nicht, woher du das genau hast und welches Verständnis du dafür hast. Zur Jugendarbeit und zur Aussage, es müsse zuerst das Konzept erarbeitet werden, bevor wir jemanden anstellen können. Wir haben niemanden momentan. Wer soll dieses Konzept schreiben? Es ist niemand angestellt und der Markt ist ausgetrocknet. Ich arbeite in einer Abteilung, die eine grosse Jugendarbeit hat, die für ganz viele Gemeinden Jugendarbeit anbietet. Auch die, es ist interessant, in einem grossen Team zu arbeiten. Es ist interessant, in einem grossen Team zu arbeiten und auch dort finden sie kein Personal. Wie soll dann die Gemeinde Windisch für zwei 50% Stellen zwei Leute finden? Interessant ist, eine Stelle auszuschreiben, wo man etwas gestalten kann. Das ist ein Punkt, dafür, zu sagen: Da können wir etwas mitgestalten, da können wir bewirken, da können wir mitschaffen. Das ist interessant und wir müssen interessante Stellen ausschaffen können. Fabian noch schnell. Es ist nicht aufsuchende Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit ist institutionell innerhalb der Schule und hat verschiedene Fachbereiche. Das hat nichts das Eine mit dem Anderen zu tun. Dort glaube ich, wenn du wüsstest, worum es in der Schulsozialarbeit genau geht. Schulsozialarbeiterinnen arbeiten in der Schule, mit den Eltern, mit den Lehrpersonen, im besten Fall mit Schüler:innen. Jugendarbeit ist eigentlich ein ausserschulisches Angebot und es sind Fachpersonen. Und es ist in der Sache der Fachpersonen, welche glaube ich das können, ein Konzept zu schreiben und eine Stelle aufzubauen.

Karin Hefti (FDP): Wir haben das grosse Ganze im Blick und uns macht wirklich das systematische Defizit der Zukunft grosse Sorgen. Darum gehe ich jetzt weiter zu der vierten und letzten permanent beantragten Stellenerhöhung. Es geht um das Konto 5790.3010.00, Fürsorge, Übriges, Löhne, Soziale Dienste. Gemäss Auskunft der Gemeindeverwaltung betragen die Kosten der 20% Stellenerhöhung Soziale Dienste rund CHF 21'000. Uns erstaunt, dass im Budget 2025 eine Stellenerhöhung Soziale Dienste beantragt wird, ohne die Kostenerhöhung bekanntzugeben.

Antrag:

Die Stellenerhöhung um 20% im Bereich Bereichsleitung Soziale Dienste wird nicht bewilligt und das Konto 5790.3010.00, Löhne Fürsorge wird um CHF 25'200 gekürzt (Löhne CHF 21'000 + 20% Soziallasten CHF 4'200).

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wie bereits zu den Stellungnahmen der Schulsozialarbeit gesagt, hat der Bereich Gesellschaft viele neue Aufgaben übernommen. Für eine wirklich gute Arbeit im Bereich der materiellen Hilfe, der Alimentenbevorschussung und der immateriellen Hilfe, braucht es auch vertieftes, aktuelles Fachwissen. Die 20%-Führung, also auch Fachführung der Mitarbeitenden, die sich in dem Bereich engagieren, ist aus meiner Sicht sehr, sehr wichtig und auch ein Grund dafür, dass wir eine erfolgreiche Arbeit in diesem Bereich machen. Es ist schon so, dass die Sozialhilfequote in der Gemeinde Wind schon seit Jahren, mehreren Jahren, sehr stabil ist. Durch eine intensive sozialarbeiterische Betreuung können immer wieder Klienten in Arbeitsprozess zurückgeführt werden. Das hat im Budget dazu geführt, dass wir für das Budget 25, im Bereich der materiellen Hilfe CHF 200'000 weniger als für dieses Jahr budgetieren konnten. Die Erfolge kommen nicht von ungefähr. Die kommen davon, dass wir fachlich hervorragende Leute haben, die aber eben auch eine fachliche, gute Führung brauchen, damit wir weiterhin eine zielführende und unterstützende Arbeit im Bereich der materiellen, immateriellen Hilfe der Alimentenbevorschussung leisten können. Ich finde auch, es ist ein klares Resultat aus der Verwaltungsanalyse, dass eben genau in diesen Bereichen auch die Fachführung extrem wichtig ist. Nicht nur die personelle Führung von 17 Mitarbeitenden. Das macht Monika gut, aber die einzelnen Fachführungen, die müssen wirklich gut gemacht werden, damit wir auch weiterhin auf dem Niveau der heutigen Arbeit, die sich auszahlt, bleiben können.

Thomas Wernli (SP): Uns ist die finanzielle Lage der Gemeinde Windisch sehr wohl bekannt. Wir denken, das ist ein sehr ausgewogenes Budget, haben wir schon gesagt. Da ist an den richtigen Ort der Finger draufgelegt worden. Was machen wir jetzt da? Wir brechen das Budget, oder ihr wollt jetzt das Budget über den Schwächsten brechen, über die Jugend und über die Sozialarbeit. Geht mal in den öffentlichen Raum. Ich bin im Zug und viel auf öffentlichen Plätzen unterwegs. Mir macht das riesige Sorgen, wenn man das anschaut. Das Bewusstsein habe ich auch. Es geht nicht nur um Finanzen, sondern es geht auch um die Bevölkerung, die das betrifft. Schaut mal was alles vorkommt. Da glaube ich, ist das der richtige Ansatz, wo wir jetzt arbeiten müssen, dass auch diese Leute in unsere Gesellschaft weiterkommen und nicht nur die oberen Schichten.

Ulrich Widmer (SP): Ich glaube, es ist unbestritten, dass in dieser Abteilung oder in dem Bereich in der Gemeinde Windisch sehr gute Arbeit geleistet wird. Das haben wir auch in Zahlen dokumentiert. Das könnt ihr in der Rechnung nachschauen. Ich finde es relativ

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

schlecht, wenn wir Abteilungen, die wirklich gut laufen, sagt: «Ja nein, das brauchen wir nicht. Wir kürzen doch jetzt das.» Das muss man auch im Sinn einer Motivation sehen, dass man da eine fachliche Führung hat, dass man die Arbeit noch weiter optimieren kann. Ich glaube, es ist am falschen Ort gespart, wenn wir jetzt den Leuten sagen: «Ja, wir brauchen eigentlich euch auch, macht so weiter, arbeitet weiter aber etwas von unserer Seite müsst ihr nicht haben.» Ich empfehle euch den Antrag abzulehnen.

Philipp Umbricht (FDP): Ich habe einen Antrag zum Konto, also zum Bereich 7301 Abfallwirtschaft, Gemeindebetriebe. Eine Vorbemerkung. Ueli hat vorhin von sparen geredet. In meinem Verständnis ist, wenn man auf eine Aufstockung verzichtet, nicht ein Sparen. Sparen ist dann, wenn ich weniger ausgabe, als ich eigentlich vorher ausgegeben habe. Das noch als Klammerbemerkung. Ich hoffe, ihr erinnert euch an mein Postulat, für welches wir letzten Mittwoch die Dringlichkeit beantragt haben, betreffend Papiersammlung der Gemeinde. Ich hoffe, dass die, die es am letzten Mittwoch noch nicht gelesen haben, es inzwischen gelesen haben. Ihr wisst, die Papiersammlungen der Gemeinde machen die Vereine. Dieses Jahr, 2024, hat oder wird die Papiersammlung sieben Mal stattfinden. 2025 wird es keine sieben Papiersammlungen geben. Mangels interessierter Vereine. Es hat viele Gründe dafür, wieso das so ist. Ein Grund ist sicher, dass die Entschädigungen der Vereine, die das machen, mager sind, ziemlich mager. Da profitiert die Gemeinde oder konkret die Abfallkasse, der Eigenwirtschaftsbetrieb Abfall, von freiwilliger Arbeit der Vereine, der Vereinsmitglieder. Die Vereinsmitglieder sind nicht überall nur Windischer. Da hat es auch Auswärtige und das finde ich nicht richtig. Wenn wir die Spezialfinanzierung vom Bereich Abfall im Finanzplan anschauen, hat dieser, Stand heute, die Kurve könnt ihr selber anschauen, knapp CHF 600'000 Vermögen. Die Entwicklung für die nächsten Jahre bis 2034, soweit der Finanzplan geht, soll das Vermögen um etwa CHF 100'000 auf rund CHF 700'000 ansteigen. Wenn wir die Investitionen anschauen, welche der Bereich Abfall noch in den nächsten Jahren machen sollte, haben wir da weitere Sammelstellen ausserhalb der Planperiode. Das heisst, anders gesagt, es sind keine Investitionen geplant. Das Geld brauchen wir nicht. Das Geld ist Geld, welches wir Windischer mit den Abfallsackgebühren und der Grundgebühr zahlen. Das ist Geld, das wir mal gebraucht haben. Wir haben in dem Sinn eine Menge Geld angesammelt und lassen dennoch Vereine mehr oder weniger gratis für uns arbeiten. Ich finde, das geht nicht. Darum habe ich das Postulat eingereicht. Der Gemeinderat soll überlegen, ob man die Vereine besser anders entschädigen kann, weil ich finde es an sich super, wenn man die Art Papiersammlung so wie wir sie heute haben, auch in Zukunft retten könnte. Damit aber auch eine Entschädigung der Vereine, 2025 schon machbar wäre,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

braucht es Geld im Budget. Sonst dürfte der Gemeinderat kein Geld ausgeben. Deshalb beantrage ich, dass im Bereich 7301, eine Position von CHF 15'000 aufgenommen für die Entschädigung der papiersammelnden Vereine wird. Nachdem was dann der Gemeinderat oder wir allenfalls beschliessen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Das ist jetzt kein Sparantrag. Das wäre eine Mehrausgabe zulasten eines Eigenwirtschaftsbetriebs, welcher viel Geld hat und das auch vermag. Wenn die Vereine sich zurückziehen, haben wir grob gesagt zwei Optionen. Entweder, wir fahren alle selber zum Knecht oder sonst wohin und entsorgen das Papier. Oder der Gemeinderat stellt Martin, Voegtlin-Meyer, oder einen seiner Konkurrenten an, der das macht. Das eine ist sicher nicht günstiger und das andere wahrscheinlich nicht ökologischer.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): An der Vereinszusammenkunft 2023 ist das Thema Rhythmus der Papiersammlungen sowie die Entschädigung auf Wunsch der Vereine thematisiert worden. Wie sich aus den Voten der Vereinsvertreter zeigt, haben sich die Rahmenbedingungen bei den Sammeltagen über die letzten Jahre wesentlich verändert. Ein Teil ist, dass die Sammelmenge pro Jahr stark sinkend ist. Es gibt Sammeltage, die sehr hohe Quote aufzeigen in den Sammelmengen, es gibt andere, die ein bisschen knapper sind. Wie ich manchmal aus der Bevölkerung höre, sie sagen: «Wenn die Männerriege sammelt, ich sammle das Papier nur für diesen Sammeltag, der Rest ist mir egal.» Wahrscheinlich genau aus diesen Überlegungen heraus ist es so, dass gewisse Sammeltage weniger Menge haben, wie andere Sammeltage. Im gesamten gesehen ist die Sammelmenge, welche die Vereine gesamthaft sammeln, sinkend, und zwar drastisch sinkend. Die Vereine haben von Jahr zu Jahr mehr Probleme, genügend Personal für die Sammeltage zu finden. Das ist ein weiteres Problem, ein weiteres Thema. Zwei Vereine tun sich zusammen und sammeln gemeinsam. Nicht jeder Verein oder es ist nicht mehr jedem Verein möglich, genug Leute für einen Sammeltag zu finden. An dieser Vereinszusammenkunft ist dem Gemeinderat der Auftrag erteilt worden, aufgrund dieser veränderten Situation und Rahmenbedingungen, die Anzahl der Sammeltage und ein einfacheres Entschädigungssystem zu diskutieren und zu beschliessen. Der Gemeinderat hat sich im Frühling 2024 dem Thema angenommen und ist zur folgenden Schlussfolgerung gekommen: Der Gemeinderat, er schätzt das Engagement der Vereine. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, das Papier zu sammeln. Der Bürger muss unter Umständen selber schauen, wann er das Papier entsorgen kann. Ob es über die Kehrriechtabfuhr ist oder wie gesagt, auch an die Sammelstelle bringt, wenn man auch die anderen Dinge entsorgt. Der Gemeinderat schätzt aber, dass das wirklich immer noch nach Jahren von einzelnen Vereinen

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

ausgeübt wird, diese Sammelstage. Neu werden pro Jahr, das ist der Vorschlag des Gemeinderates, sechs Sammelstage im Jahr organisiert, mindestens aber vier. Die Rückmeldungen, welche der Gemeinderat auf das Schreiben an die Vereine erhalten hat, ist: Im 2025 bringen wir nur vier Sammelstage hin. Was das auf die Sammelmenge bedeutet, dieses Engagement, wissen wir nicht. Wir haben auch betreffend Sammelerlös ein neues Vorgehen entschieden. Nicht mehr, dass wir einfach den Vereinen aufgrund der Sammelmenge, die sie haben, die Entschädigung geben, sondern dass wir das Jahresergebnis nehmen, und zwar jetzt das Jahresergebnis 24, dividieren es pro Sammeltag und erstatten dies. Das heisst, nicht das aktuelle Jahr, sondern das vorgehende Jahr. Das ist dann einfacher zum nachher auszahlen. So hat jeder Verein genau den gleichen Erlös. Wie sie es untereinander aufteilen können, wenn zwei Vereine miteinander einen Sammeltag machen, überlassen wir ihnen, aber einfach pro Sammeltag gibt es eine Summe. Aufgrund der Hochrechnungen, die wir jetzt in 2024 gemacht haben, würde es jetzt in 2025 pro Verein CHF 2'676 geben. Ein schöner finanzieller Zustupf. Wenn ich jetzt den Antrag anschau, der noch einen Sockelbeitrag verlangt, von CHF 2'000, bedeutet das, wenn ich einfach mal allgemein sage, zwischen CHF 4'000 und CHF 5'000 pro Sammeltag und Verein. Ist das der richtige Weg? Haben wir nicht auch noch andere Vereine, welche sich in anderen Angelegenheiten, zum Beispiel das Jugendfest, das ist jetzt einfach das, was mir am nächsten ist. Diese erhalten keinen Sockelbeitrag. Sie beteiligen sich auf eigene Kosten, auf eigenes Risiko. Erhalten nicht einmal eine Pauschalentschädigung nichts, wirklich eigenes Risiko. Da stellt sich der Gemeinderat die Frage, ob das fördernd ist, wenn man eine Aktion, die vom Gemeinderat zwar geschätzt ist, aber die speziell entschädigt wird. Der Gemeinderat empfiehlt, dass man den Sammelrhythmus und die Finanzierung nach Vorschlag des Gemeinderates zwei, drei Jahre durchlaufen lässt, dann überprüft und dann schaut, wo es Anpassungen braucht. Wir empfehlen den Antrag nicht anzunehmen.

Philipp Ammon (SVP): Ich wollte den Antrag nicht stellen, aber Aufgrund der Diskussion letzte Woche, meiner Meinung nach absolut notwendig ist. Er betrifft das ganze Thema Konzession, was wir letzten Mittwoch zusammen diskutiert haben. Es ist da auch erwähnt worden, dass die Konzession nicht auf sauberen Beinen steht und ich habe da schon gesagt, wir können nicht alles haben. Mein Antrag bezieht sich auf Position 8710.4120.00 und drei folgende. Das sind drei Positionen, die sich alle rund um die Konzession drehen. Die drei Positionen sind aus dem Budget zu streichen, mit der Konsequenz, dass keine Konzession mehr vom Eigenwirtschaftsbetrieb Elektrizitätswerk an die Einwohnergemeinde fliesst. Ich habe es erwähnt. Wir können nicht alles haben. Es ist ein Antrag, den ich nicht gerne stelle, weil ich finde, die

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Konzession, wenn sie legitim wäre, was sie nicht ist, die wäre richtig. Aber unter diesen Gegebenheiten kann ich es als Einwohnerrat nicht verantworten, dass der Gemeinderat oder der Einwohnerrat, je nachdem wie er hier entscheidet, dem zustimmt, dass die Gelder eingezogen werden, was eigentlich nicht erlaubt ist. Den Antrag stelle ich nicht gern, aber wer den Antrag ablehnt, muss sich einfach dessen bewusst sein, dass er eigentlich einer Handlung zustimmt, die rechtlich nicht sauber ist, auch wenn sie wünschenswert wären.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich gehe aus der finanztechnischen Sicht kurz Rückmeldung zu dem Thema. Einerseits wird sich der Gemeinderat an der nächsten Gemeinderatssitzung am nächsten Montag zu dem Thema sicher noch mal auseinandersetzen: Wie geht es weiter mit dieser Rechtsformänderung? Das ist sicher ein sehr dringendes Thema, welches wir diskutieren müssen. Auch den Fraktionen aufzeigen müssen, wie wir das Thema lösen wollen. Die Aufgabe, die uns gestellt worden ist. Wir sind wirklich auf dem Weg, eigentlich in eine Form überzubringen, wo wir dann wirklich wieder den Ertrag in die Gemeinderechnung nehmen können, nicht in einen Fonds, sondern in die Gemeinderechnung. Wenn ihr den Antrag vom Philipp annimmt, das heisst, unser Budget verschlechtert sich auf CHF 430'000, muss sich dessen einfach bewusst sein.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wir haben jetzt sehr lange über das Budget diskutiert. Das zeigt auch, dass auch dem Einwohnerrat die Finanzen nicht egal sind. Ich bin froh, dass man sich im Grossen und Ganzen der Leitlinie, welche der Gemeinderat mit dem Budget gelegt hat, gefolgt ist, denn der Gemeinderat hat intensiv über das Budget diskutiert und wir wissen, dass wir nicht übriges Geld haben. Wenn ich aber anschau, wie die Verwaltung wirkt, sind es die Abteilungen, die über die letzten Jahre sehr budgetgetreu handeln. Sie haben auch den Auftrag dazu. Das war so ein Wunsch, dass man dann nicht einfach gleich den Budgetposten ausschöpft. Das dürfen sie nicht. Wenn sie nämlich etwas anderes, etwas zusätzlich, wie das, was im Budget ist, trotzdem machen wollen, mit dem restlichen Betrag, dann müssen sie Antrag stellen. Dann muss der Gemeinderat entscheiden. Gibt man die Gelder oder gibt man sie nicht? Dort ist es ab und zu so, dass eine Notfallsituation behilflich ist, dass man eben noch ein bisschen Spielraum hat, aber wenn der nicht vorhanden ist, dann lehnt der Gemeinderat solche Anträge ab. In dem Sinn, danke vielmals für die Diskussion. Ist lange gegangen und danke vielmals, dass ihr das Vertrauen habt, dass die Verwaltung und der Gemeinderat in dieser Situation richtig handeln.

**Protokoll des Einwohnerrates**
**30. Oktober 2024**
**Offene Abstimmung**

<b>Antrag</b>	Ja	Nein
<b>Antrag Jonathan Schibli (EVP) zu 0220.3132.00</b> Das Konto 0220.3132.00 Mitarbeiterbefragung ist zu streichen (CHF 8'000).  Der Antrag wurde mit 17 Ja- zu 13 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> .	17	13
<b>Antrag Karin Hefti (FDP) zu 0222.3010.00</b> Das Konto 0222.3010.00 Planung und Bau, für die temporären Löhne wird um CHF 36'000 gekürzt (Löhne CHF 30'000.00 + 20% Soziallasten CHF 6'000).  Der Antrag wurde mit 28 Nein- zu 6 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .	6	28
<b>Antrag Jonathan Schibli (EVP) zu 0220.3910.05</b> Das Konto 0220.3910.05 Mitarbeiter-App ist zu streichen (CHF 14'000).  Der Antrag wurde mit 26 Nein- zu 8 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .	8	26
<b>Antrag Reinhold Brand (FDP) zu 0292.3144.00</b> Das Konto 0292.3144.00 Bossartschür Grundbeleuchtung wird um CHF 30'000 gekürzt.  Der Antrag wurde mit 18 Ja- zu 16 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> .	18	16
<b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu 2173.5040.09</b> Die Position 2173.5040.09 Bezirksschule Budgetkredit Musterzimmer ist zu streichen (CHF 83'000).  Der Antrag wurde mit 18 Nein- zu 14 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .	14	18
<b>Antrag Karin Hefti (FDP) zu 217x</b> Die Stellenerhöhung im Bereich Bereichsleitung Hauswartung um 20% wird nicht bewilligt und das Konto 217x wird um CHF 21'600 gekürzt (Löhne CHF 18'000 + 20% Soziallasten CHF 3'600).  Der Antrag wurde mit 21 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .	11	21
<b>Antrag Karin Hefti (FDP) zu 2194</b> Die Stellenerhöhung im Bereich Bereichsleitung Schulsozialarbeit um 10% wird nicht bewilligt und das Konto 2194.3010.00 wird um CHF 12'000 gekürzt (Löhne CHF 10'000 + 20% Soziallasten CHF 2'000).  Der Antrag wurde mit 20 Ja- zu 16 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> .	20	16
<b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu 5442</b> Die Stellenerhöhung im Bereich Jugendarbeit im 50% wird nicht bewilligt und das Konto 5442.3010.01, Löhne Jugendtreff, wird um CHF 60'000 gekürzt (Löhne CHF 50'000 plus 20% Soziallasten CHF 10'000).		

**Protokoll des Einwohnerrates**
**30. Oktober 2024**

<p><b>Antrag Marco Jacopini (SP) zu 5442</b> Erhöhung Stellenplan Jugendarbeit um 60 % auf 160 %. Die Funktion 5442 Jugendtreff sind um die zusätzlichen Kosten von Total CHF 72'000 (davon CHF 60'000 Löhne und 12'000 Soziallasten) zu erhöhen.</p> <p><b>Gegenüberstellung</b> Antrag FDP: 10 Stimmen Antrag SP: 15 Stimmen</p> <p>Es obsiegt der Antrag der SP.</p> <p><b>Antrag Marco Jacopini (SP) zu 5442</b> Erhöhung Stellenplan Jugendarbeit um 60 % auf 160 %. Die Funktion 5442 Jugendtreff sind um die zusätzlichen Kosten von Total CHF 72'000 (davon CHF 60'000 Löhne und 12'000 Soziallasten) zu erhöhen.</p> <p>Der Antrag wurde mit 20 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b>.</p>	16	20
<p><b>Antrag Karin Hefti (FDP) zu 5790.3010.00</b> Die Stellenerhöhung im Bereich Bereichsleitung Soziale Dienste (Materielle Hilfe, Administration) um 20% wird nicht bewilligt und das Konto 5790.3010.00, Löhne Fürsorge wird um CHF 25'200 gekürzt (Löhne CHF 21'000 + 20% Soziallasten CHF 4'200).</p> <p>Der Antrag wurde mit 24 Nein- zu 8 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b>.</p>	8	24
<p><b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu 7301</b> Für Konto 7301 wird (mit Verbuchung im korrekten Konto (7301.3230.79 Papier- und Kartonsammlung, evtl. 7301.3130.74 Abfuhrkosten diverse Abfallarten, evtl. neues Konto) die folgende neue Ausgabe beschlossen: Grundentschädigung für die papier- und kartonsammelnden Vereine von CHF 15'000.</p> <p>Der Antrag wurde mit 17 Nein- zu 10 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b>.</p>	10	17
<p><b>Antrag Philipp Ammon (SVP) zu 7301</b> Streichung 8710.4120.00 Konzession 452'000</p> <p>Der Antrag wurde mit 22 Nein- zu 5 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b>.</p>	5	22

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja- zu 0 Nein-Stimmen wie folgt

**Beschluss**

Das Budget 2025 wird mit einem Steuerfuss von 115 % genehmigt.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024****7 Verpflichtungskredit Werterhalt und Ausbauten im Netz des Elektrizitätswerks Windisch (Rahmenkredit 2025 - 2028)**

Dieses Geschäft wurde bereits an der ersten Sitzung vom 23. Oktober 2024 beraten.

**8 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Wasserversorgungsplan (Rahmenkredit 2025 – 2028)**

Dieses Geschäft wurde bereits an der ersten Sitzung vom 23. Oktober 2024 beraten.

**9 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Entwässerungsplan (Rahmenkredit 2025 – 2028)**

Dieses Geschäft wurde bereits an der ersten Sitzung vom 23. Oktober 2024 beraten.

**10 Strassenreglement; Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Das überarbeitete Strassenreglement bietet die Möglichkeit, Doppelspurigkeiten und Unklarheiten zu beseitigen. Durch die klare Trennung von Strassen- und Parkierungsregelungen schaffen wir nicht nur Transparenz und Nachvollziehbarkeit, sondern stellen auch sicher, dass sowohl der Strassenunterhalt als auch die Nutzung effizient und wirtschaftlich geregelt werden.

Das Reglement zeigt beispielsweise auf, dass sobald eine Privatstrasse dem Gemeindegebrauch zugewiesen wird, eine Vertraglichkeit notwendig wird, dies im Gegensatz zur Vergangenheit. Das heisst, dass in absehbarer Zeit alle Strassen diesbezüglich überprüft, entsprechende Gespräche und Verhandlungen geführt werden und die Verträge oder Dienstbarkeiten abgeschlossen werden.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Im Reglement wird zudem aufgezeigt, dass auf Strassen, die nicht im Gemeindegebrauch sind, also Privatstrassen, der Winterdienst bei der Gemeinde eingekauft werden kann, sofern die personellen Ressourcen seitens Bauamtes bereitstehen.

Die Eliminierung von Widersprüchen sowie die Erhöhung der Rechtsklarheit und Nachvollziehbarkeit führen dazu, dass die Verwaltung und auch die Bürgerinnen und Bürger von einem verständlicheren und praktikableren Regelwerk profitieren können. Der Gemeinderat bittet diesem Reglement zuzustimmen.

**Detailberatung**

Keine Voten

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen einstimmig wie folgt

**Beschluss**

Der Einwohnerrat genehmigt das vorliegende Strassenreglement und setzt dieses per 1. Januar 2025 in Kraft.

**11 Reglement über das Parkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund (Parkierungsreglement); Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Der Gemeinderat beantragt auch dieses Reglement, das Parkierungsreglement zu genehmigen. Es ist nötig, die bestehenden Parkierungsregelungen, welche in verschiedenen Dokumenten festgelegt sind, zu überarbeiten und in einem separaten rechtsgültigen Reglement festzuhalten. Das hat zur Wirkung, dass Unklarheiten und Doppelspurigkeiten beseitigt und vermieden werden. Das vorliegende Reglement, wie auch die bisherigen Regelungen, gründen auf ein Parkierungskonzept, das im Jahr 2021 in Auftrag gegeben und erarbeitet wurde. Damals ging es darum, den Parksuchverkehr zu reduzieren, das

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Fremdparkieren in den Wohnquartieren zu reduzieren, den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und auch den Veloverkehr zu fördern, eine einheitliche Bewirtschaftspraxis zu schaffen, Dauerparkierer quartiergerecht zu steuern und auch die Bevölkerung über Parkierungsmöglichkeiten zu informieren. Das hat eine feinere Abstimmung vom Parkierungsaufgebot auf die Bedürfnisse der Anwohnenden, Besucherinnen und Besuchern, sowie Erwerbstätigen ermöglicht. Beispielsweise sind bereits in den letzten Jahren keine Pendlerkarten ausgegeben worden, damit der Pendler und Suchverkehr reduziert, der Verkehrslärm minimiert und die Luftqualität verbessert wird. Damals sind die Service- und Baustellenparkkarten eingeführt worden. Die Handhabung ist den Gewerbetreibenden bekannt. Sie haben die Möglichkeit, eine entsprechende Parkkarte für CHF 50 monatlich oder CHF 500 jährlich zu erwerben. Kürzere Zeitfenster können mit einer Besucherparkkarte tageweise für CHF 5 bezogen werden. Falls für private Servicearbeiten kein Autoabstellplatz auf privatem Grund zur Verfügung steht, kann in der blauen Zone auf öffentlichem Grund je nach Ankunftszeit bis knapp drei Stunden parkiert werden. Gerne weisen wir darauf hin, dass die Service- und Baustellenparkkarten nicht von den geplanten Preiserhöhungen betroffen sind. Die Erhöhung der Parkgebühren erachten wir als notwendig, damit der Druck auf die öffentlichen Parkplätze verringert werden kann. So werden private Parkflächen attraktiver und die Anwohner vor übermässigem Fremdparkieren im Wohnquartier geschützt. Der Gemeinderat sieht es als erforderlich, dass das Parkierungsreglement in Kraft tritt, damit den Herausforderungen der Parkraumbewirtschaftung unserer wachsenden Gemeinde gerecht werden können. Wir bitten um Genehmigung.

**Detailberatung**

Philipp Umbricht (FDP): Zum Parkierungsreglement und vorab eine Bemerkung zum Strassenreglement, was wir vorher gehabt haben und zum Parkierungsreglement und noch zu Weiteren. Anita hat ausgeführt, was die Absichten sind, was die beiden Reglemente schaffen. Man will Klarheit schaffen, so steht es auch in der Botschaft zum Traktandum Strassenreglement drinnen. Ob das Ziel erreicht werden kann, habe ich meine grossen Zweifel. Wenn ihr wissen wollt, was auf der Strasse gilt, auf der Strasse der Gemeinde Windisch, dann müsst ihr das Strassenreglement lesen, dann müsst ihr das Parkierungsreglement lesen, dann müsst ihr die Parkierungsverordnung lesen, dann müsst ihr das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes lesen, dann müsst ihr das Reglement über die Erschliessungsanlagen der Gemeinde lesen, ihr müsst der KGV da konsultieren und ich bin nicht sicher, ob es abschliessend

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

ist. Da rede ich nur über den kommunalen Erlass. Das aber als Vorbemerkung. Zum Parkierungsreglement haben wir von Seite der FDP drei Anträge auf Streichung.

Das Erste ist schon genannt worden, betrifft Service- und Baustellenkarten. Die finden wir hochgradig KMU- und wirtschaftsfeindlich. Sie betrifft vor allem auch Bautätigkeit der Gemeinde Windisch. Nicht nur den Neubau, auch den Umbau und den Unterhalt. Das sind die Dienstleister, die uns das Leben erleichtern, die uns möglicherweise auch dazu befähigen, letztendlich ein bisschen mehr Steuern zu zahlen. Das ist nicht der grosse Verkehr und ist alles ein berechtigter Verkehr. Da sollte man unseres Erachtens auf die Karte verzichten. Ich muss Anita widersprechen. Sie hat vorher gesagt, dass Servicefahrzeuge in der blauen Zone abgestellt werden können. Das stimmt so nicht, das ist falsch. Die Formulierung vom Parkierungsreglement ist eindeutig. Das Parkieren ist gebührenpflichtig. Das heisst, es muss eine Gebühr erhoben werden. Die blaue Zone ist nicht gebührenpflichtig. Die blaue Zone ist nur zeitlich reguliert. Also wenn man das umsetzt, was man in das Reglement geschrieben hat, muss jeder Servicemonteur, der nicht auf privatem Grund parkieren kann, ab der ersten Minute einen Parkgebühr zahlen. Das finden wir komplett daneben. Deshalb der erste Antrag: Ziffer 5.3 ersatzlos zu streichen.

Dann haben wir die Regelung in der Ziffer 4.5.4, „Sonderparkarten“. Die Regelung macht grundsätzlich Sinn, dass man auch solche Leute Parkkarten ausstellen kann, die eben nicht Anwohner sind, die sonst aber vergleichbar wie Anwohner sind. Wir haben dort aber die Ziffer 5.4. Die Gemeindeangestellten haben Anspruch auf eine Sonderparkkarte – kann ich noch vollziehen. Macht durchaus auch Sinn. Ein Gemeindeangestellter, der eine Parkkarte braucht, ist ein Pendler. Wenn er in Windisch wohnt, braucht er eigentlich keine Parkkarte und auch kein Auto, um zur Arbeit zu gehen. Gleichzeitig haben wir in der Ziffer 5.7, mit dem Titel „Pendler und Pendlerinnen“ worin festgehalten wird, dass für Pendler, also Leute, die privat irgendwo arbeiten, nicht bei der Gemeinde arbeiten, keine Parkkarte ausgestellt wird. Das heisst, unter dem Strich: Die Gemeinde bevorzugt ihre eigenen Angestellten. Sie erhalten eine Parkkarte und all die privaten Arbeitgeber, müssen selber schauen, wo ihre Angestellten das Auto abstellen. Da finden wir, das geht so nicht. Entweder können alle Parkkarten bekommen, auch die Pendler und Pendlerinnen, sofern noch verfügbar und so weiter und so fort, oder niemand. Unseres Erachtens, um den Aufwand zu minimieren, beantragen wir das Streichen der Ziffer 5.7 und wir beantragen das Streichen von der Ziffer 5.4. Absatz 2. Das wären unsere Anträge zum Parkierungsreglement.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Wie erwähnt, die Handhabung der Service- und Baustellenparkkarten ist nicht neu und ist den entsprechenden Dienstleistern und Gewerbebetrieben bekannt. Es können pro Karte bis zu drei Fahrzeuge hinterlegt werden. Mit dem „Service Plus-Vertrag“ hat die Regionalpolizei den Auftrag, die Kontrollen durchzuführen. Die Verwaltung ist von dieser Aufgabe entlastet. Sollte ein Servicemonteur nicht auf privatem Grund parkieren können und keine Parkmöglichkeit haben, kann er in der blauen Zone parkieren. Aber es ist in der Tat, steht hier gebührenpflichtig.

Michael Wülser, Bereichsleiter Tiefbau: Wir haben das Konzept damals mit dem externen Büro, dem Ingenieurbüro SNZ von Zürich, erarbeitet. Das war auch der Gedanke und das hat man auch auf andere Gemeinden mit dem Benchmark abgestimmt, dass eine Stunde gratis parkieren inklusive ist, in der blauen Zone mit der Parkkarte. Das steht auch so auf der Homepage, auf dem Flyer und das bleibt auch weiterhin so und über den Mittag ist die Zeit sogar anders. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, bis halb zwei, glaube ich, von halb 12 bis halb 2. Das gilt natürlich auch für die, die Dienstleistung vollbringen, oder zum Mittagessen. Ich kann eigentlich überall in der blauen Zone mit der Parkkarte parkieren. Sie muss einfach gestellt werden und sonst ist es einfach eine Stunde. Nachher müsste ein Tages-Ticket oder eine Parkkarte gestellt werden. So ist das auch im Flyer, den man erstellt hat und herunterladen kann.

Philipp Umbricht (FDP): Ich muss widersprechen. Das ist wahrscheinlich die Absicht, die wir haben. Aber das ist nicht das, was im Reglement steht. Wir formulieren eine Rechtsnorm und in der Rechtsnorm steht: „ist gebührenpflichtig“ Mit dieser Formulierung hält man die Regelung von der blauen Zone für Handwerks und Servicebetriebe auf. Die haben keine blaue Zone mehr. Diese wird übersteuert. Ist ganz eine einfache Rechtsfrage. Das ist nicht eine Frage, die der Ingenieur klärt. Das ist eine Frage, die der Jurist klärt. Da muss man sich wirklich bewusst sein. Der zweite Punkt: Es ist gut und schön, dass man, wenn man eine Karte hat, drei Fahrzeuge darauf einlösen kann. Nach dem Reglement, sogar eine elektronisch. Muss ich nicht mehr hinter der Windschutzscheibe knallen. Wie das kontrolliert werden soll, ist mir schleierhaft. Wenn ich beispielsweise von einem Fahrzeug von Martin, Voegtlin Meyer, das kontrolliere, das hat eine Parkkarte und auf der Parkkarte sind noch zwei andere Fahrzeuge. Da müsste korrekterweise die ganze Gemeinde abgefahren werden, um zu schauen, ob die anderen zwei auch noch irgendwo stehen. Dies ist nicht kontrollierbar.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Es geht um 5.3, Absatz 1, der erste Satz. Und ich stelle den Antrag, dass wir den ersten Satz, „Das Parkieren für gewerbliche Zwecke in der blauen Zone ist für Handwerks- und Servicebetriebe und dergleichen gebührenpflichtig.“, streicht. Betreffend der Kontrolle, da gibt es, meines Wissens, eine App. Das ist alles elektronisch hinterlegt und die Regionalpolizei hat Zugang und die können das kontrollieren.

Thomas Wernli (SP): Unabhängig von den Juristenfragen, nehme ich Stellung zu den Anträgen. Also Service- und Baustellenparkkarten. Grundsätzlich ist es Aufgabe vom Bauherrn, Planung und Bauleitung, die Parkierung bei Baustellen zu regeln. Grosse Baustellen, kleine Baustellen. Auch kleine Baustellen haben bis fünf Fahrzeuge, wenn ein Einfamilienhaus umgebaut wird. Wir wollen ja nicht, dass jetzt die Autos einfach, weil sie auch sowieso gratis sind, alle auf der Strasse stehen. Zudem mit dem 5.3, wenn wir das rausnehmen, dann gibt es den Satz: „Die Fahrzeuge müssen in diesem Fall gewerblichen Zwecken dienen.“ Das ist okay nehme ich an, aber der steht dann auch noch nirgends mehr. „Zudem ist die Bewilligung nur im Zusammenhang und für die Dauer der gewerblichen Tätigkeit gültig.“, all das fällt weg. Das heisst, es gehen wahrscheinlich alle zu Martin zum Arbeiten, weil sie haben das Voegtlin-Meyer Auto und können dann in Windisch einfach gratis parkieren. Ist ein bisschen schwierig. Ich gönne es, aber für das Gesamte finde ich es schwierig. Es ist ein Freipass für ziemlich viele. Finde ich etwas gefährlich. Dass die blaue Zone rechtlich gelten müsste, wenn das so wäre, würde ich auch gut finden. Fände ich auch gut, denn es kommt vielleicht einmal ein Handwerker für eine Stunde und ist dann weg. Die Spitex wurde auch erwähnt. Grundsätzlich glaube ich, gibt es genug Besucherparkplätze bei sehr vielen Bauten, welche eigentlich auch erstellt werden. Ich bin oder wir sind eigentlich gegen die Streichung davon.

Sonderparkkarten, Artikel 5.4, die Regelung. Ihr verweist auf Absatz 2, den haben wir irgendwie nicht ganz gefunden. Da würde es mich interessieren, A) wie viel nehmen das überhaupt in Anspruch? Vielleicht sind es gar nicht so viele, weil ja die Parkplätze beim Gemeindehaus nicht in der blauen Zone sind. Es gibt ja auch noch Regelungen mit der Schule und so weiter. Also wie viele nehmen das ungefähr in Anspruch? Wäre da bei 5.4 noch spannend?

Dann da mit den Pendlern, da habe ich auch das Gefühl, dass man das beibehalten soll, also da drinnen lassen. Wir wollen ja nicht, dass zum Beispiel Studenten der Fachhochschule, falls der Tarif da teurer ist, nachher auf der Strasse parkieren oder die von der PDAG, die vielleicht sowieso zu wenig Parkplatz haben, auch noch alle auf der Strasse stehen. Also eigentlich ist es der Rückschritt zu dem, was wir mal gemacht haben. Man hat den Such- und Schleichverkehr unterbinden wollen. Wenn man das jetzt streicht, dann kommt einfach alles wieder und

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

dann stehen mehr Autos auf der Strasse, was eigentlich nicht der Sinn wäre. Wir sind eigentlich dafür, dass man Artikel 5.7 belässt, Artikel 5.3 belässt und Artikel 5.4 wäre noch die Antwort spannen.

James Bruderer (FDP): Beim Artikel 5.3, geht es uns ja nur darum, dass ein Handwerker, der einen Termin hat und es hat dann eben keinen Besucher-Parkplatz, dass er nicht extra zahlen muss, wenn er eine Stunde dort sein muss. Dass bei einer Baustelle das Konzept erarbeitet werden muss, wollen wir damit nicht tangieren, das ist ohnehin notwendig, dass dort kein Chaos auf den Baustellen herrscht. Wir erachten es einfach auch als unnötige Bürokratie und nicht, weil es schon lange da ist, sollen wir es einfach weiterführen. Man kann auch mal was Schlechtes abschaffen. Ihr müsst euch vorstellen, ein Handwerksbetrieb, der zehn Autos hat, dann arbeitet er in zwölf verschiedenen Gemeinden in der Gegend. Er muss für jede Gemeinde die Verordnung durchlesen. Er muss dann in Windisch eine Karte lösen, in Hausen eine Karte lösen, in Brugg eine Karte lösen, in Gebenstorf eine Karte lösen. Wir erachten das einfach als eine rechte Bürokratie und ein Aufwand, welcher ja schlussendlich auch den Kunden weitergereicht wird, indem die Fahrpauschalen immer mehr zunehmen. Es wäre eine Vereinfachung für das Gewerbe. Es wäre wahrscheinlich ein bisschen kostendämpfend für die Kunden am Schluss. Die grossen oder mittleren Baustellen sollen damit nicht tangiert werden.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Man muss nicht zwingend alle Reglemente durchlesen, die ihr aufgezählt habt. Es gehört ja auch dazu, dass die Bevölkerung via Internet informiert wird. Es ist nicht so schwierig. Man kann das dann auch ausdrucken, aber man kann das auf unserer Internetseite der Gemeinde Windisch nachlesen. Man kann auch der Signalisation folgen. Dann weiss man auch, dass man eine Parkkarte braucht oder dass man in eine blaue Zone fährt. Wenn man den ersten Satz vom Artikel 5.3 weglässt, dann haben die Gewerbetreibenden und Dienstleister die Möglichkeit, in den blauen Zone zu parkieren, wenn sie auf dem privaten Grund, bei privaten Dienstleistungen keinen Parkplatz haben.

Thomas Wernli (SP): Ich verstehe es jetzt nicht. Muss er dann nichts mehr zahlen und alles andere ist auch nichtig? Oder kann man dann einfach die Parkscheibe benutzen und wenn er länger parkiert, muss er eine Serviceparkarte haben? Wenn er länger parkiert als mit der Parkscheibe erlaubt ist, muss er eine Parkkarte lösen, ja.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident, stellt um 21.58 Uhr einen Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung.

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Stimmen wie folgt

**Beschluss**

Der Einwohnerrat verlängert die Sitzung bis zum Ende der Beratung aller Geschäfte (ca. 22.30 Uhr).

---

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Zu den Artikel 5.4 und 5.7. Da will ich noch etwas sagen, wenn auch nur zum Verständnis. Wenn ich es recht verstehe, sieht die FDP einen Vorteil darin, dass die Gemeinde als Arbeitgeberin die Strassen als Parkplätze für ihre Mitarbeiter nutzen kann. Gegenüber einem Unternehmer, welcher jedoch nicht selber Parkplätze hat, für seine Mitarbeiter jedoch nicht die öffentlichen Parkplätze nutzen kann. Das ist nach unserer Ansicht nicht vergleichbar, denn die Strassen gehören der Firma Gemeinde Windisch und dürfen darum entsprechend genutzt werden. Andernfalls müsste die Firma Gemeinde Windisch eigene Parkplatz kaufen oder auch erstellen. Das würde dann wiederum den Steuerzahler belasten. Nicht zuletzt hat die Gemeinde ein eigenes Mobilkonzept, welches in der BNO festgehalten ist. Das Konzept ermuntert Mitarbeiter den ÖV zu benutzen oder mit dem Velo zu kommen. Nicht alle Mitarbeiter wohnen in Windisch. Mitarbeiter können eine Parkkarte erwerben, haben aber keinen zugewiesenen Parkplatz. Die Firma Gemeinde Windisch hat also das Recht, dies so mit diesem Reglement zu regeln. Würde man auch Pendlerparkkarten verkaufen, besteht das Risiko, dass die Parkplätze in den Quartieren dauernd besetzt wären und die Anwohner keinen Parkplatz mehr finden würden oder auch Besucher der Anwohner. Denken wir mal an die Mitarbeiter der PDAG. Denken wir an die vielen Mitarbeiter der Sanavita. Diese würden dann eine Pendlerparkkarte erwerben. So hat man auch entgegengewirkt, die Quartiere zu belasten. Darum bitten wir die Anträge abzulehnen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich will etwas ausführen zum Artikel 3.3. Da geht es um die Anwohnerparkkarte und Nachtparkkarte. Das ist schon bisher so gewesen und ist auch im neuen Parkierungsreglement nach wie vor die Möglichkeit, dass Autobesitzer, die ihr Auto

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

weder auf dem eigenen noch auf einem anderen privaten Grundstück parkieren können, können ihr Auto auf den öffentlichen Strassen abstellen. Dafür brauchen sie aber eine sogenannte Anwohnerparkkarte für CHF 60 im Monat oder eine Nachtparkkarte für CHF 36 im Monat. In der Botschaft schreibt der Gemeinderat und das ist auch das, was Anita vorher nachvollziehbar ausgeführt hat, noch mal: „Der Gemeinderat beabsichtigt, die Parkierungsgebühren per 1. Januar 2025 deutlich zu erhöhen. Damit wird unter anderem dem Anreiz entgegengewirkt, dass die Fahrzeuge auf den öffentlichen Parkplätzen der blauen Zone abgestellt werden, anstatt auf privaten Parkplätzen. Denn die Gebühren in der blauen Zone sind mit den aktuellen Gebühren häufig günstiger als auf privaten Parkplätzen, womit der Druck auf die öffentlichen Parkplätze zurzeit sehr gross ist.“ Ist absolut nachvollziehbar und ich finde, es ist auch zu unterstützen. Aber genau darum ist es mir unerklärlich, warum jemand, der sein Auto nicht auf sein Grundstück abstellen kann und das ganze Jahr auf der Strasse stehen hat, so mit einer reduzierten Jahresgebühr belohnt wird? Einerseits wollen wir etwas erreichen, dass die Leute nicht oder für ihr Auto anderweitig besorgt sind, das abzustellen. Auf die andere Seite gibt man wieder eine Reduktion, zwei Monate gratis, 16% Rabatt. Da kann irgendwo einfach die Rechnung nicht aufgehen mit dem, was man eigentlich als Ziel erreichen will. Ein Jahresabo verursacht nicht mehr Verwaltungsaufwand. Jetzt haben wir gelernt, dass man das online bestellen kann. So wie wir heute auch unsere Vignetten online bestellen können, die müssen wir auch nicht mehr an die Scheiben kleben, da müssen sie nicht mehr mühsam abkratzen. Ich habe zwar nicht erkannt, ob du so eine am Auto hast, aber die Polizei kann das genau über die Auto-Nummer feststellen. So wird das auch mit den Online-Parkkarten der Fall sein. Also es kostet nicht mehr Verwaltungsaufwand, aber ich finde einfach einen Privaten, der sein Auto gezielt auf dem öffentlichen Grund auf unseren Strassen parkiert, er soll nicht noch mit einem Rabatt belohnt werden. Darum ist mein Antrag, dass der Artikel 3.3 vom Parkierungsreglement, um eine Ziffer oder einen Absatz 5 zu erweitern ist. Der lautet: „Die Jahresgebühren für Anwohnerparkkarten und Nachtparkkarten betragen mindestens den zwölfwachen Betrag der Monatsgebühr.“ Ich bitte euch um Unterstützung zu diesem Thema.

Martin Gautschi (FDP): Ich kann dem nicht folgen. Ich meine, wir sind immer noch ein Volk von Mietern und es gibt es so viele Leute, die einfach schlichtweg keine andere Möglichkeit haben. Da finde ich den Einwohner, der da Steuern zahlt und dann ein Jahr lang immer parkiert, also finde ich richtig dass der etwas Rabatt erhält. Ich bin gegen den Antrag.

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich will noch mal wirklich verdeutlichen. Es geht gar nicht darum, dass jemand sein Auto nicht auf der Strasse parkieren darf, oder wenn es nicht gerade noch ein blauer Parkplatz ist, halt einfach auf der Strasse. Wenn die Strassenbreite, die Restbreite muss eingehalten sein, nicht gerade vor der Ausfahrt von dem, der dort wohnt oder nicht gerade in einer Kreuzung, wie auch immer. Das ist alles vorgegeben, kann man alles in den Unterlagen erkennen. Er soll das können, aber ich sehe nicht ein, warum er einen Rabatt braucht. Er hat das Auto und wenn er für CHF 60 pro Monat das mal zwölf im Jahr finanzieren muss, ist das immer noch eine sehr günstige Möglichkeit für sein Auto. Das stimmt, das hat der Gemeinderat richtig erkannt. In jeder Tiefgarage, jeder Parkplatz irgendwo sonst, kostet viel mehr als CHF 60. Es gibt übrigens so Schlaumeier, die eine Wohnung mieten und einen Tiefgaragenplatz hätten. Der kostet aber vielleicht 120 Franken. Dann haben die gemerkt: Ja, den nehme ich nicht. Ich stelle einfach mein Auto draussen hin. Ist egal, wenn ich im Winter mal die Scheiben kratzen muss, aber dafür spare ich genau die Hälfte. Das können wir doch nicht noch mit einem Rabatt unterstützen. Ich finde, ich habe auch ein Auto, wir haben fast alle vielleicht ein Auto, aber dann müssen wir einfach darum besorgt sein und dann gehört das halt auch zu den Autoausgabekosten. CHF 60 pro Monat mal zwölf im Jahr. Und wenn jemand das nicht will, dann kann er ja gerne auch ohne Auto leben. Aber dass man es einfach noch mit einem Rabatt unterstützt, das sehe ich nicht. Darum nicht gegen einen, der keinen Platz für das Auto hat, aber er soll es zwölf Mal pro Jahr zahlen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich wollte eigentlich noch mal auf 5.4, Sonderparkkarten, zurückkommen. Ich wollte euch einfach aufzeigen, was das eigentlich bedeutet. Jahrelang konnten wir in der Gemeinde Windisch, andere Firmen, andere Gemeinden aufmerksam machen, dass wir Mobilitätsmanagement haben und so eigentlich die Parkierung unserer Gemeindeangestellten sehr gut im Griff haben. Jetzt werden die Sonderparkkarten gestrichen. Wo gehen unsere Leute parkieren? Vielleicht im Campus, vielleicht in den Schulanlagen? Den Pausenplatz haben wir nachher verstellt. Es sind nicht nur Verwaltungsangestellte, es sind auch die Lehrer, die eine Parkkarte kaufen und so eigentlich dann ihren Platz haben. Das bedeutet für mich, dass ich auf die Suche von Parkfeldern gehe. Irgendwo muss ich das suchen. Wir haben letztens Diskussionen mit der Sanavita gehabt. Sie haben auch keinen Platz gefunden. Wir haben Diskussionen mit der PDAG gehabt, sie haben auch keinen Platz gefunden. Entweder wir zahlen allen ein E-Bike, dass sie mit dem E-Bike zur Arbeit kommen, oder wir müssen Parkfelder kaufen und weitervermieten. Aber wir haben nicht genügend Parkfelder, nicht nur für uns auch für die Schule.

**Protokoll des Einwohnerrates**
**30. Oktober 2024**

Mirjam Aebischer (SP): Ich möchte einen Rückkommensantrag stellen auf die Abstimmung von 5.4, Sonderparkkarten, Absatz 2. Ich möchte einen Rückkommensantrag stellen, dass man da noch mal darauf zurückkommt. Ich denke das ist etwas ein Schnellschuss und das ist glaube ich wirklich schwierig.

Philipp Umbricht (FDP): Ich empfehle euch, den Rückkommensantrag abzulehnen. Es ist kein Schnellschuss. Es ist ein Problem. Heidi hat es vorhin eindrücklich geschildert, was auf die Gemeinde zukommen wird, wenn sie keine Sonderparkkarte hat. Alle anderen haben das Problem auch. Jeder Private hat die Probleme auch. Ich sehe schlicht nicht ein, wieso sich hier die Gemeinde einen Vorteil verschaffen soll, nur weil sie es kann. Ich bitte euch den Rückkommensantrag abzulehnen. Wir haben darüber abgestimmt.

Anita Bruderer, Gemeindepräsident (FDP): Ich würde beantragen, dass wir die Botschaft noch mal zurücknehmen. Wir müssen den Punkt 5.4, wir müssen die Parkplatzreglung für Mitarbeiter der Gemeinde, von der Firma Gemeinde Windisch, das müssen wir lösen können.

Wir müssen Punkt 5,4 geregelt haben. Darum bitte ich, dass wir das zurücknehmen, dies regeln und entsprechend wiederbringen.

Ulrich Widmer (SP): Wenn ihr es zurücknehmt, schaut das mit dieser blauen Zone auch noch einmal an. Ich glaube, das ist nicht sauber. Ich habe mir vorhin überlegt einen Rückweisungsantrag zu stellen, dass das mit dieser blauen Zone, mit der Gebührenpflicht in dieser blauen Zone, wirklich noch einmal abgeklärt wird. Ich finde es gut, wenn ihr es zurückzieht, dann könnt ihr das auch noch einmal anschauen, dann könnt ihr es im Frühling noch einmal bringen.

**Offene Abstimmung**

<b>Antrag</b>	Ja	Nein
<b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu Ziff. 5.3 Service-Baustellenparkkarten</b> Ziff. 5.3. ist ersatzlos zu streichen.  Der Antrag wurde mit 23 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .	11	23
<b>Antrag Anita Bruderer (Gemeinderätin FDP) zu Ziff. 5.3 Service-Baustellenparkkarten</b>	28	0

**Protokoll des Einwohnerrates**
**30. Oktober 2024**

Ziff. 5.3 Abs. 1 erster Satz streichen		
Der Antrag wurde mit 28 Ja- zu 0 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> .		
<b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu Ziff. 5.4. Abs.2 Sonderparkkarten</b> Ziff. 5.4 Abs. 2 ist ersatzlos zu streichen.	16	16
Der Antrag wurde mit 16 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und dem Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten <b>angenommen</b> .		
<b>Antrag Philipp Umbricht (FDP) zu Ziff. 5.7 Pendlere und Pendlereinnen</b> Ziff. 5.7 ist ersatzlos zu streichen.	10	26
Der Antrag wurde mit 26 Nein- zu 10 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .		
<b>Antrag Elsbeth Hofmänner (Die Mitte) zu Ziff. 3.3 Anwohnerparkkarte und Nachtparkkarte</b> Ergänzen mit Abs. 5 Die Jahresgebühren für Anwohnerparkkarten und Nachtparkkarten betragen mindestens den zwölfwachen Betrag der Monatsgebühr.	31	4
Der Antrag wurde mit 31 Ja- zu 4 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> .		

Über den gestellten Rückkommensantrag von Mirjam Aebischer (SP) zum Antrag von Philipp Umbricht (FDP) zu Ziff. 5.4 Abs. 2 Streichung der Sonderparkkarten für Mitarbeitende der Gemeinde wird nicht mehr abgestimmt, da der Gemeinderat das **Geschäft während der Detailberatung zurückgezogen** hat.

**12 Postulat Fredy Bolt (SP) «Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz»;  
Beantwortung**

Eintreten ist unbestritten.

Mirjam Aebischer (SP), Vertreterin des zurückgetretenen Fredy Bolt: Ich rede im Namen von Fredy Bolt zu dem Postulat. Wasser hat auf einem Platz, wie der Campusplatz einer ist, eine praktische, aber auch eine symbolische Bedeutung. Die praktische Bedeutung ist ein Ort, wo Wasser als öffentliches Gut zur Verfügung steht und die Möglichkeit sich auf dem heissen Platz abzukühlen. Ein Brunnen an dem zentralen Ort, bietet einen natürlichen Ort für Menschen, sich zu versammeln, sich zu begegnen und er ist ein Orientierungspunkt. Wasser hat auch eine symbolische Bedeutung. Dafür, wie wichtig es ist, eine urbane Umgebung ökologisch zu gestalten. Auch ein kleiner Brunnen kann den ästhetischen Wert des Platzes unterstreichen und symbolisch für die Kreativität und Kultur stehen. Die symbolische Bedeutung ist auch ein

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Zeichen dafür, dass das Gemeinwesen das Thema Wasser ernst nimmt und uns bewusst wird wie wichtig Wasser für eine Aufenthaltsqualität an einem Ort wie diesem ist. Das Wasserentnahme-Rohr, so sagt dem Fredy, auf dem Kinderspielplatz vom Tower, wird weder dem praktischen, noch dem symbolischen Anliegen gerecht. Der Campusplatz ist aus heutiger Sicht, ökologisch eine Fehlplanung. Der Gemeinderat wäre gut dagestanden und es wäre ein Zeichen dafür gewesen, dass sie das Problem der Ökologie in einem urbanen Raum erkannt hätten, wenn sie das Postulat ernst genommen hätten. Das Postulat verlangt einen Brunnen auf dem Campusplatz. Wir wollen das Postulat nicht abschreiben und der Gemeinde Gelegenheit für einen zweiten Anlauf geben. Es braucht keine bombastische Lösung.

Das ist ein Brunnen auf einem Platz, beim Bahnhof Wipkingen. Es ist der Röschibachplatz, es ist ein grosser Platz vergleichbar mit dem Campusplatz. Es ist ein kleiner Brunnen aber es ist einfach eine Augenweide. Man sieht es ist etwas und es läuft immer Wasser raus. Es gibt viele Beispiele für solche kleinen Brunnen und man muss vielleicht auch daran erinnern, Wasseranschluss und Kanalisation hat es auf dem Campusplatz. Ich bitte euch, das Postulat nicht abzuschreiben.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Für den Gemeinderat ist es nicht verwunderlich, dass der Postulant oder seine Mitstreiter mit dem Wasserspender nicht gerade in Begeisterungstürmen ausbrechen. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, man hat im Juni 2019 im Einwohnerrat schon vorgebracht, dass es nicht ganz einfach ist in dieser Situation und es nicht ganz einfach ist, da es anderen Anliegen widerspricht, wenn man dort eine grössere Brunnenanlage macht. Der Postulant hat dann gesagt: Man soll einfach nach einer kreativen Lösung suchen. Der Gemeinderat hat dies gemacht und bittet auch zu bedenken, dass wenn man etwas grösseres macht, dass das auch mit grösserem Aufwand und Mehrkosten verbunden ist. Im Sinn der angespannten Situation, in welcher die Gemeinde ist, man soll es so sein lassen wie es ist und das Postulat abschreiben.

**Detailberatung**

Keine Voten

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja- zu 15 Nein-Stimmen wie folgt

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024****Beschluss**

Das Postulat «Einrichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz» wird abgeschrieben.

**Motion SP Fraktion "Sofortmassnahmen im Bereich Schadensminderung und Risikominimierung sowie Soforthilfe für suchtkranke Menschen im Kanton Aargau"; Überweisung**

Die Dringlichkeitserklärung dieser Motion wurde am ersten Sitzungsabend vom 23. Oktober 2024 angenommen.

Eintreten ist unbestritten.

Luzia Capanni (SP), Motionärin: Mit der Motion wird der Gemeinderat beauftragt, umgehen in Zusammenarbeit mit dem Kanton und anderen Gemeinden, mit Zentrumsfunktion im Aargau, im Bereich Schadensminderungsmassnahmen für suchtkranke Menschen, sowie Notunterkünfte im Kanton Aargau zu injizieren und mitzutragen, wie zum Beispiel niederschwellige Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsumraum und Essensabgabe. Wieso die Motion? Seit Jahren hat sich am Bahnhof Brugg-Windisch ein Treffpunkt für suchtkranke Menschen gebildet. Viele von ihnen sind in prekärem gesundheitlichem Zustand. Passantinnen fühlen sich verunsichert. Andere beelendet diese Situation und stören sich daran, dass weder der Kanton noch die Gemeinden Brugg und Windisch Verantwortung übernehmen. Seit Jahren setzt sich die SP Windisch, teilweise auch zusammen mit den Grünen, für eine Verbesserung der Situation am Bahnhof Brugg-Windisch ein und auch im Grossen Rat, für eine Verbesserung für die suchtkranken Menschen im ganzen Kanton. Wir wollen, dass der Kanton Verantwortung übernimmt. Einen Teilschritt haben wir erreicht. Wir haben auch letztes Jahr die Motion überreicht. Dass sich der Gemeinderat dafür einsetzen soll, dass der Kanton sich auch finanziell daran beteiligt. Seit Juni dieses Jahres ist jetzt auch die FDP an diesem Thema dran und unsere Forderungen decken sich jetzt mittlerweile. Das freut mich, so kommen wir sicher in der Sache einen Schritt vorwärts. Seit September liegen jetzt auch die Ergebnisse der Bedarfsanalyse vor, welche die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof Windisch in Auftrag gegeben hat und von Infodrog durchgeführt wurde. Die Ergebnisse beinhalten acht Handlungsempfehlungen. Eine der Hauptmassnahmen ist eine Schaffung von neuen Angeboten, die einen unmittelbaren Nutzen für die suchtkranken Menschen haben. Das heisst, eine Schaffung einer Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, eine Schaffung eines Mahlzeiten-Angebots und der Aufbau einer

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

Notschlafstelle. Wir reden da vom Kanton Aargau. Dieser Bedarf deckt sich mit der bereits vorliegenden Erkenntnis seit 2021. Und wie bereits seit 2021 steht jetzt Schwarz und Weiss im Bericht, dass es schadensmindernde Massnahmen und Soforthilfe braucht und dass es in dem Bereich, in der Sucht-Politik erhebliche Lücken bestehen. Die gute Nachricht, langsam aber sicher tut sich etwas im Kanton Aargau. Es ist auch eine Arbeitsgruppe mit Leuten der Fachstelle Sucht vom DGS geschaffen worden. Die Zentrumsgemeinden und Organisationen, welche im Suchbereich tätig sind, wurden eingeladen und es gibt Geld, seitens Kantons und viele Versprechen mit Ansätzen, mit Versuchsprojekten im Aargau zu erproben. Das ist wichtig, denn der Kanton Aargau, mit der dezentralen Struktur, ist anders aufgestellt als andere Kantone. Man hat aber auch schon Erfahrung aus verschiedenen kleineren und grösseren Städten, die zeigen, dass durch schadensmindernde Angebote sich einerseits der Gesundheitszustand von suchterkrankten Menschen deutlich verbessert hat und die Kleinkriminalität bei der Drogenbeschaffung zurückgegangen ist und auch das Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung gestiegen ist. Geben wir dem Gemeinderat mit der Überweisung dieser Motion den Auftrag und auch die Legitimierung, sich mit anderen Zentrumsgemeinden und dem Kanton für die Schaffung von schadensmindernden Massnahmen und Soforthilfe für Suchtkranke einzusetzen. Der Einwohnerrat Brugg hat dem Stadtrat ebenfalls den Auftrag erteilt. Es ist aus unserer Sicht wichtig, dass auch der Gemeinderat Windisch dazu einen konkreten Auftrag hat.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Danke für die Ausführung. Du hast wahnsinnig viel umschrieben und beschreiben, wie die Situation ist. Die Analyse der Suchtproblematik, die der Kanton schon 2021 erhalten hat und der Bericht 2024, zeigen die acht Empfehlungen klar auf. Um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, haben wir die Präsenz von Regionalpolizei und Sicherheitspatrouillen an den Hotspot erhöht. Das hat die Stadt Brugg, die PDAG und die Gemeinde Windisch finanziert. Die repressiven Massnahmen führen einfach zur Vermeidung von Hotspots, aber das hilft natürlich den Betroffenen nicht. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung zusammen mit den Fachpersonen, mit Monika Schmid und Martin Küng, das Thema eingehend beraten. Der Kanton zeigt sich bereit, die Federführung jetzt zu übernehmen und er hat bereits am 11. November 2024 eine erste Sitzung einer kantonalen Arbeitsgruppe angesetzt und er zeigt sich auch bereit, Sofortmassnahmen zu prüfen. In der kantonalen Arbeitsgruppe sind die Regionen Baden, Lenzburg, Aarau und Brugg-Windisch eingebunden. Martin Küng und Monika Schmid, sind ebenfalls Mitglieder der kantonalen Fachgruppe. Somit wird inhaltlich aus dem Antrag aus Sicht vom Gemeinrat bereits viel erfüllt. Der Gemeinrat Windisch anerkennt, dass dringliches Handeln für die Betroffenen angesagt

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

ist. Er unterstützt schon seit Auftreten dieser Problematik rasch wirkende Massnahmen. Zum Beispiel haben wir immer wieder eine mobilen Beratung, die man möglichst schnell einsetzen soll, thematisiert. Die Analysen von 2024 und die Erlebnisse der letzten Jahre zeigen ja auch, dass die Suchproblematik überregional angegangen werden muss und damit wirklich auch der Kanton in der Verantwortung steht. Die Motion nimmt die Aktualität der Suchproblematik auf. Aus Sicht vom Gemeinderat ist das Thema im Kanton angesiedelt und die besonders betroffenen Regionen Baden, Lenzburg, Aarau und Brugg-Windisch sind miteinbezogen. Es obliegt nun dem Einwohnerrat über das politische Signal zu entscheiden und über die Überwiegung der Motion abzustimmen.

**Detailberatung**

Keine Voten

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja- zu 3 Nein-Stimmen wie folgt

**Beschluss**

Die Motion der SP-Fraktion "Sofortmassnahmen im Bereich Schadensminderung und Risikominimierung sowie Soforthilfe für suchtkranke Menschen im Kanton Aargau" wird überwiesen.

**12 Beantwortung von gestellten Fragen 23.10.2024**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die gestellten Fragen durch den Gemeinderat schriftlich beantwortet. Die Antworten werden morgen in Axioma aufgeschaltet. Die erlaubte Präzisierungsfrage darf per E-Mail an Marco Wächter gerichtet werden. Die Antwort wird ebenfalls in Axioma aufgeschaltet.

**13 Mitteilungen des Gemeinderates vom 23.10.2024**

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Beim Schulhaus habt ihr den neuen Statusbericht erhalten. Es sieht schon sehr gut aus, das hängt auch an der Bauherren-Begleitung, welche wir haben,

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

dafür sind wir auch dankbar. Ich möchte noch eine persönliche Erklärung abgeben im Zusammenhang mit einem Brief von diversen Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen vom 19. August 2024, bezüglich Kunstrasen-Fussballplatz in Windisch. Ich möchte festhalten, dass es da nicht darum geht, ob Kunstrasen ja oder nein. Das ist ein legitimes politisches Interesse und der FC ist für uns auch ein wichtiger Player. Der Grund, wieso ich eine persönliche Erklärung abgeben will, ist weil die Form vom Schreiben falsch ist. Der Brief enthält sehr viele Falsch-aussagen und Unterstellungen bezüglich der Sitzung, welche der Gemeinderat mit dem FC hatte. Noch gravierender und das ist der Hauptgrund, wieso ich etwas sage, sind persönliche Angriffe auf meine Person und vor allem auch auf Roland Schneider, den Abteilungsleiter. Mir und Roland wird vorgeworfen in dem Brief, ein demokratisches Vorgehen im Keim zu ersticken. Der Vorwurf ist schlicht unhaltbar und unter der Gürtellinie. Es ist die Aufgabe vom Gemeinderat und der Verwaltung bei Wunsch-Anfragen zuerst mit den Vereinen Fakten zu sammeln und dann in die Diskussion einzusteigen. Der Vorwurf ist umso spezieller, dass alle die Unterschrieben haben, dass niemand weder mit mir noch mit Roland Schneider Kontakt aufgenommen hatte. Diese persönlichen Angriffe sind nicht die Art und Weise, sind so in Windisch noch nie gemacht worden. Es ist nicht Politik wie es hier betrieben wird. Ich möchte das auch nicht überbewerten, es ist vermutlich auch nicht extrem böse gemeint, ich hoffe es zumindest nicht, aber es ist schlicht unnötig und in der heutigen Zeit, wo man Fachstellen-Mangel hat auch echt gefährlich. Wenn das Personal die Motivation verliert, weil es persönlich und unter der Gürtellinie angegriffen wird, dann haben wir ein Problem. Mein Wunsch ist, wenn man mit politischen Diskussionen kommt, bleibt auf der sachlichen Seite und geht nicht mit persönlichen Angriffen voran. Das ist mein Wunsch.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Ich möchte noch zur Schule etwas sagen. Seit bald drei Jahren ist die Schulpflege abgeschafft. Somit ist es die erste Legislatur, welche mit dem neuen Schulführungsmodell läuft. Wir haben in den drei Jahren ein bisschen Erfahrungen sammeln können, wie das funktioniert und haben gemerkt, dass wir das ganze nochmal genau anschauen müssen: Die Schulführung, wie sie aufgestellt ist, aber auch die Verteilung von strategischen Aufgaben, wie das läuft. Aus diesem Grund haben wir jetzt heute Morgen alle gemeinsam, der Gemeinderat, die Schulleitenden und die Leitung Schulverwaltung eine Klausur gehabt. Wir haben gestartet, einen Organisations-Entwicklungsprozess in Gang zu setzen, welcher jetzt im weiteren Verlauf auf der Ebene Schulleitung stattfindet. Mit dem Ziel, dass wir bis Ende nächstes Jahr, auf die neue Legislatur im 2026, die Schulführung stabil und fun-

**Protokoll des Einwohnerrates****30. Oktober 2024**

diert aufstellen können und dass wir eine ganz klare Trennung zwischen operativen und Strategischen Aufgaben haben. Wir werden laufend informieren, aber mehr gibt es im Moment noch nicht zu sagen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Zu meinen zwei Standardthemen gibt es eigentlich nicht viel Neues. Regionales Gesamtverkehrskonzept RGVK. Da werden wir erst nach der Testplanung wieder im Prozess weiterfahren. Also da gibt es wirklich keinen neueren Stand, wie ich es letztes Mal erklärt haben. Im Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch haben wir den ersten Workshop der Testplanung gehabt. Das ist ganz interessant. Die drei Teams haben alle einen ganz unterschiedlichen Ansatz, wie sie das Thema angegangen sind. Da werden die Echo-Gruppenmitglieder am 21. November 2024 entsprechend informiert werden, was bisher geklärt ist, wo wir stehen und wie es weitergeht.

Dann habe ich noch ein spezielles Thema. Wir haben nächstes Jahr ein Wahljahr und ich hoffe, dass wir im Wahljahr weiterhin gut zusammenarbeiten können, dass es nicht zu viel Unruhe gibt, sondern dass wir wirklich an den Projekten, die wir haben, genug Zeit haben, genug Kapazitäten haben, um arbeiten zu können. Mir persönlich hat die Arbeit im Gemeinderat immer sehr gut gefallen. Das 20. Amtsjahr, welches ich antrete, wird mein letztes Jahr sein. Ich finde, es ist richtig, bereits heute Kund zu tun, dass auf die neue Legislatur meine Nachfolge gesucht ist. Ich hoffe auch da, dass wir den Prozess, die Gespräche geordnet führen können. Einerseits aus dem Grund, aber auch, weil wir wirklich verschiedene Themen haben, wo wir im Moment wirklich im Gemeinderat, rege im Austausch sind, am Diskutieren sind. Die Fraktionspräsidenten werden eine Einladung bekommen für ein gemeinsames Treffen mit dem Gemeinderat, und zwar noch relativ zeitnah in dem Jahr, wo wir so ein bisschen allgemeine Themen angehen.

Wie gehen wir um miteinander? Wie gehen wir mit der Situation um, in der wir uns befinden? Was heisst das Wahljahr? Wie versteht es der Gemeinderat? Wir wollen von euch auch wissen, was das für die Fraktionen bedeutet. Ich finde, das kann man in einer Kommunikation miteinander wirklich regeln, sodass wir das Fortführen von all unseren Projekten, unseren Anliegen, die wir haben, auch im Wahljahr ruhig verlaufen können. Ich rede auch da einmal mehr aus Erfahrung. Ich hatte einmal ein letztes Amtsjahr. Es war sehr unruhig und wir konnten in der Verwaltung fast nicht arbeiten. Ich glaube, das ist das Ziel des Einwohnerrats, aber auch des Gemeinderates. Darum denke ich, ist es da ganz wichtig, dass wir zusammen Kommunikation haben. Der Termin wird bekannt gegeben und dann können wir uns dazu weiter unterhalten.

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**30. Oktober 2024**

### **15 Neueingänge**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Folgende Neueingänge haben wir zu verzeichnen:

- Interpellation Philipp Umbricht (FDP) "Zonen für Nachverdichtung; Wirkung der Festlegungen" (18.04.2024)  
Im Einverständnis mit Philipp Umbricht wird diese Interpellation erst im März 2025 behandelt.
- Interpellation FDP-Fraktion "Rechtsformänderung Elektrizitätswerk; Erläuterung des Buchgewinns von CHF 4.4 Mio. im Jahr 2026" (19.08.2024)
- Interpellation SP-Fraktion und Grüne-Fraktion "Führung Schule Windisch" (05.09.2024)
- Interpellation Luzia Capanni (SP) und Marco Jacopini (SP) "Heilpädagogische Schule Windisch" (05.09.2024)
- Interpellation Mirjam Aebischer (SP), Luzia Capanni (SP) und Ueli Widmer (SP) «Strategie des Gemeinderats betr. interkommunale Zusammenarbeit» (18.10.2024)

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich danke fürs Ausharren, die aktive Diskussion, die schon mehrheitlich recht sachlich erfolgt ist, und euer Mittragen der demokratischen Entscheidungen. Vergisst bitte die FiGPK nicht bis März. Ich wünsche euch schon jetzt einen schönen, schneereichen Winter, frohe Festtage und en guete Rutsch is 2025. Wir sehen uns dann spätestens an der nächsten Sitzung am 12. März 2025, oder vielleicht noch gleich beim Drink in der Waage.

---

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr

---

**Protokoll des Einwohnerrates  
30. Oktober 2024**

**EINWOHNERRAT WINDISCH**



Daniel Brassel  
Einwohnerratspräsident



Ramona Hinteregger  
Gemeindeschreiberin II